

# **Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung schornsteinfegerrechtlicher Vorschriften zur Unterstützung der Wärmeplanung**

## **A. PROBLEM UND ZIEL**

Damit Deutschland seine Klimaziele erreichen kann, ist es erforderlich, dass die Wärmeversorgung von fossilen Brennstoffen auf möglichst CO<sub>2</sub>- und klimaneutrale Wärmeerzeugungssysteme umgestellt wird. Um diese Energie- und Wärmewende in der Wärmeversorgung zu erreichen, ist eine staatliche, strategische Wärmeplanung erforderlich. Mit dem Gesetz für die Wärmeplanung und zur Dekarbonisierung der Wärmenetze vom 20. Dezember 2023 (Wärmeplanungsgesetz – WPG) wurde ein bundesgesetzlicher einheitlicher Rechtsrahmen für eine solche Wärmeplanung geschaffen.

Um die nach dem WPG erforderlichen Wärmepläne erstellen zu können, benötigen die für die Planung verantwortlichen Stellen flächendeckende und aktuelle Daten mit einer zuverlässig hohen Qualität zu den bestehenden Wärmeerzeugungssystemen und -anlagen sowie zum Wärmeverbrauch und -bedarf.

Das WPG sieht vor, dass die planungsverantwortlichen Stellen diese Daten unter anderem aus ihnen zugänglichen Datenbanken, von öffentlichen Stellen sowie von nach dem WPG Auskunftspflichtigen erheben kann. Zu den nach dem WPG Auskunftspflichtigen zählt auch der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger. Das WPG regelt, insbesondere in dessen Anlage 1, abschließend, welche Daten von den planungsverantwortlichen Stellen erhoben werden dürfen.

Im Rahmen der praktischen Umsetzung hat sich gezeigt, dass Daten, die nach dem WPG erhoben werden, für die Zwecke der Wärmeplanung lückenhaft sind. Erschwerend kommt hinzu, dass die Daten zu Bestandswärmeerzeugungssystemen und -anlagen von verschiedenen Auskunftspflichtigen erhoben und zusammengeführt werden müssen.

Der vorliegende Gesetzesentwurf soll bestehende Datenlücken schließen und für die planungsverantwortlichen Stellen eine einheitliche, zentralisierte Datenbasis zu Bestandswärmeerzeugungssystemen und -anlagen mit gesichert hoher Datenqualität schaffen. Gleichzeitig soll die Betriebs- und Brandsicherheit sonstiger Wärmeerzeugungssysteme sichergestellt werden.

Um dies zu erreichen, sollen die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger stärker in die Datenerhebung eingebunden werden. Das Kkehrbuch soll zu einem umfassenden Wärmekataster ausgebaut werden, dass zukünftig alle Wärmeerzeugungssysteme und -anlagen erfasst. Um die Qualität der Datenerhebung zu gewährleisten, wird parallel zur Feuerstättenschau eine Wärmeerzeugungssystemschau eingeführt, in welcher zum einen die Daten erhoben werden und zum anderen die Betriebs- und Brandsicherheit überprüft wird.

## **B. LÖSUNG; NUTZEN**

Um die beschriebenen Ziele zu erreichen, ist das Kkehrbuch zu einem umfassenden Wärmekataster auszubauen und parallel zur Feuerstättenschau eine vom bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger durchzuführende Wärmeerzeugungssystemschau einzuführen. Hierfür müssen die entsprechenden Regelungen des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes vom 26. November 2008, das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 10 des Gesetzes vom 20. Dezember 2022 geändert worden ist (SchfHwG), um entsprechende Regelungen ergänzt werden. Daneben müssen die Daten, die nach dem WPG erhoben werden dürfen, erweitert werden. Auf diese Weise können der für die Wärmeplanung verantwortlichen Stelle homogene, lückenlose Daten zu Bestandsanlagen aus einer Hand zur Verfügung gestellt werden. Gleichzeitig wird die Betriebs- und Brandsicherheit verbessert. Zudem wird § 60 Absatz 4 des Gebäudeenergiegesetzes vom 08. August 2020 (BGBl. I S. 1728), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Oktober 2023 (BGBl. I Nr. 280) geändert worden ist, mit der Wärmeerzeugungssystemschau abgestimmt.

## **C. ALTERNATIVEN**

Alternativ käme eine Beibehaltung der jetzigen Rechtslage in Betracht. Dann könnten die beschriebenen Datenlücken im Rahmen aber nicht geschlossen und die aktuelle Datenquellenlage nicht verbessert werden. Bestehende Mängel bestünden fort.

Daneben könnte erwogen werden, die Grundstückseigentümer selbst dazu zu verpflichten die Daten der planungsverantwortlichen Stelle zur Verfügung zu stellen. Oder die planungsverantwortliche Stelle könnte diese Daten unmittelbar bei den Grundstückseigentümern erheben. Eine solche Lösung wäre aber nicht gleich effektiv, da die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger im Rahmen der Wärmeerzeugungssystemschau sicherstellen können, dass die Daten richtig und vollständig erhoben werden. Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger besitzen bereits heute die für die Datenerhebung notwendigen Expertise und Ressourcen. Zudem wird durch die Erhebung im Wärmekataster sichergestellt, dass die Daten – wie vom WPG im Rahmen der Kkehrbuchdaten vorgesehen – den planungsverantwortlichen Stellen nur aggregiert zur Verfügung gestellt werden, um dem Datenschutz Rechnung zu tragen.

## **D. HAUSHALTSAUSGABEN OHNE ERFÜLLUNGSaufWAND**

*[Die folgenden Angaben sind im Gesetzgebungsverfahren zu ergänzen.]*

Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

[•]

Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

[•]

Davon Bürokratiekosten aus Informationspflichten

[•]

Erfüllungsaufwand der Verwaltung

[•]

**E. ERFÜLLUNGSaufWAND**

[•]

**F. WEITERE KOSTEN**

[•]

# Entwurf eines Gesetzes zur Änderung zur Anpassung schornsteinfegerrechtlicher Vorschriften zur Unterstützung der Wärmeplanung

Vom...

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

## Artikel 1

### Änderung des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes

Das Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes vom 26. November 2008 (BGBl. I S. 2242), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 03. April 2025 (BGBl. I Nr. 106) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:
  - a) Die Angabe zu § 11b wird durch die folgende Angabe ersetzt:

„§ 11b Vertretung durch Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau **und die Wärme-  
zeugungssystemschau**“.
  - b) Nach der Angabe zu § 14b wird die folgende Angabe eingefügt:

„§ 14c **Wärmeerzeugungssystemschau**“.
  - c) Die Angabe zu § 19a wird durch die folgende Angabe ersetzt:

„§ 19a **Führung des Wärmeerzeugungssystembuchs**

§ 19b **Wärmekataster**

§ 19c [ehemals § 19a] **Mitteilungspflichten von Verwaltern und Wohnungseigentümern**“.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:
    - aa) In Satz 2 wird nach der Angabe „der Energieeinsparung und“ die Angabe „-**effizienz  
sowie**“ eingefügt.
    - bb) Satz 2 Nummer 3 wird durch die folgenden Nummern 3 und 4 ersetzt:

„3. welche Verfahren bei der Reinigung und Überprüfung **dieser Anlagen** einzuhalten sind,

4. **welche Grenzwerte und welche sonstigen Merkmale und Anforderungen zur Erhaltung der Betriebs- und Brandsicherheit, des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie des Klimaschutzes im Hinblick auf**

Systeme zur Erzeugung von Raumwärme, Warmwasser oder einer Kombination davon einschließlich Hausübergabestationen zum Anschluss an ein Wärmenetz und Wärmeüberträger von unvermeidbarer Abwärme, mit Ausnahme der kehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 (sonstige Wärmeerzeugungssysteme) einzuhalten sind.“.

- b) Absatz 2 Satz 1 Nummern 1 und 2 werden durch die folgenden Nummern 1 und 2 ersetzt:
- „1. Änderungen an kehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen und sonstigen Wärmeerzeugungssystemen, den Einbau neuer Anlagen und sonstiger Wärmeerzeugungssysteme sowie die Inbetriebnahme stillgelegter Anlagen und sonstiger Wärmeerzeugungssysteme als auch
  2. die dauerhafte Stilllegung einer kehr- und überprüfungspflichtigen Anlage und eines sonstigen Wärmeerzeugungssystems.“.
- c) In Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „in den §§ 14, 15 und 26“ durch die Angabe „in den §§ 14, 14c, 15 und 26“ ersetzt.
3. § 11 wird wie folgt geändert
- a) In Absatz 2 wird nach der Angabe „für die Durchführung der Feuerstättenschau und der dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 1 und 2 Satz 1 und 2“ die folgende Angabe „sowie für die Wärmeerzeugungssystemschau und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14c Absatz 2 Satz 1 und 2“ eingefügt.
  - b) In Absatz 4 wird nach der Angabe „für die Durchführung der Feuerstättenschau und der dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 1 und 2 Satz 1 und 2“ die folgende Angabe „sowie für die Wärmeerzeugungssystemschau und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14c Absatz 2 Satz 1 und 2“ eingefügt.
4. § 11b wird wie folgt geändert:
- a) Die Überschrift wird durch die folgende Überschrift ersetzt:

„§ 11b  
Vertretung durch Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau und die Wärmeerzeugungssystemschau“.
  - b) In Absatz 1 wird nach der Angabe „für die Feuerstättenschau nach § 14 Absatz 1 und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 2 Satz 1 und 2“ die Angabe „sowie für die Wärmeerzeugungssystemschau nach § 14c Absatz 1 und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14c Absatz 2 Satz 1 und 2“ eingefügt.
5. In § 13 wird die Angabe „führen die Khehrbücher nach Maßgabe des § 19 Absatz 2“ durch die Angabe „führen die Wärmekatasen nach Maßgabe des § 19b Absatz 3“ ersetzt.

6. Nach § 14b wird der folgende § 14c eingefügt:

„§ 14c

Wärmeerzeugungssystemschau

(1) 1Jeder bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat zweimal während des Zeitraums seiner Bestellung sämtliche Wärmeerzeugungssysteme im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 in den Gebäuden seines Bezirks einer Wärmeerzeugungssystemschau zu unterziehen. 2Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger prüft die Betriebs- und Brandsicherheit der sonstigen Wärmeerzeugungssysteme sowie die Anforderungen der Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und erhebt die Daten für das Wärmeerzeugungssystembuch vollständig und richtig (Wärmeerzeugungssystemschau). 3Eine Wärmeerzeugungssystemschau darf frühestens drei Jahre und soll spätestens fünf Jahre nach der letzten Wärmeerzeugungssystemschau durchgeführt werden.

(2) 1Stellt der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger bei der Wärmeerzeugungssystemschau fest, dass ein Wärmeerzeugungssystem nicht betriebs- oder brandsicher ist, und ist Gefahr im Verzug, so trifft er die erforderlichen vorläufigen Sicherungsmaßnahmen. 2Als vorläufige Sicherungsmaßnahme ist auch die vorläufige Stilllegung eines Wärmeerzeugungssystems zulässig. 3Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger unterrichtet die zuständige Behörde unverzüglich über die getroffenen Sicherungsmaßnahmen. 4Diese hat die vorläufigen Sicherungsmaßnahmen als Sicherungsmaßnahmen zu verfügen oder diese aufzuheben.

(3) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat dem Eigentümer die bei der Wärmeerzeugungssystemschau festgestellten Mängel schriftlich oder in elektronischer Form mitzuteilen. Der § 5 Absatz 1 Satz 2 und 3 über den Nachweis der Mängelbehebung ist entsprechend anzuwenden.“

7. In § 15 wird jeweils nach der Angabe „Anlage“ die Angabe „oder eines sonstigen Wärmeerzeugungssystems“ eingefügt.

8. § 16 Absatz 1 wird durch den folgenden Absatz 1 ersetzt:

„(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger stellt in seinem Bezirk Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von Feuerungsanlagen und Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit sowie die Einhaltung der Anforderungen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und -effizienz sonstiger Wärmeerzeugungssysteme aus, soweit solche Bescheinigungen durch Landesrecht vorgesehen sind.“

9. In § 18 Absatz 4 wird nach der Angabe „durch einen Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau“ die Angabe „und die Wärmeerzeugungssystemschau“ eingefügt.

10. § 19 wird wie folgt geändert:

- a) Der Absatz 1 wird wie folgt geändert:

- aa) Die Angabe „(1)“ wird gestrichen.
  - bb) In Satz 1 wird nach der Angabe „sind die folgenden Daten“ die Angabe „zu Anlagen“ eingefügt.
  - b) Die Absätze 2 bis 5 werden gestrichen.
11. § 19a wird durch die folgenden §§ 19a, 19b und § 19c ersetzt:

#### „§ 19a

##### Führung des Wärmeerzeugungssystembuchs

In das Wärmeerzeugungssystembuch sind folgende Daten einzutragen:

1. die Informationen gemäß § 19 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1;
2. Art des sonstigen Wärmeerzeugungssystems, Energieträger, Nennwärmeleistung und Alter des Wärmeerzeugungssystems sowie Angaben über ihren Betrieb und Standort;
3. das Datum und das Ergebnis der letzten beiden Wärmeerzeugungssystemschauungen sowie der Name der durchführenden Person;
4. festgestellte Mängel und das Datum des Abstellens der Mängel;
5. das Datum und das Ergebnis einer Bescheinigung gemäß § 16 Absatz 1 sowie Name und Stellung der feststellenden Person;
6. der Anlass, das Datum und das Ergebnis einer Überprüfung nach § 15 Satz 1.

#### „§ 19b

##### Wärmekataster

- (1) Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger führen die Wärmekataster.
- (2) Das Wärmekataster besteht aus dem Kherbuch und dem Wärmeerzeugungssystembuch. Im Kherbuch werden Daten im Zusammenhang mit Anlagen im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 geführt. Im Wärmeerzeugungssystembuch werden Daten im Zusammenhang mit sonstigen Wärmeerzeugungssystemen im Sinne § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4geführt.
- (3) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat die Eintragungen im elektronisch zu führenden Wärmekataster vollständig und chronologisch geordnet vorzunehmen sowie vorhandene Eintragungen regelmäßig, mindestens aber vierteljährlich, auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. 2Als unvollständig oder unrichtig erkannte Eintragungen sind unverzüglich zu ergänzen oder zu aktualisieren. 3In den Fällen des Satzes 2 darf eine Eintragung nicht in einer

Art und Weise verändert werden, dass die ursprüngliche Eintragung nicht mehr feststellbar ist. 4Das **Wärmekataster** muss jährlich abgeschlossen werden.

(4) 1Bei der Übergabe des Bezirks ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger verpflichtet, dem Nachfolger kostenfrei

- 1.die **Wärmekataster** der letzten sieben Jahre und die jeweils letzten zwei Feuerstättenbescheide zu übergeben,

- 2.die Unterlagen, die für die Führung des **Wärmekatasters** erforderlich sind, insbesondere Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von Feuerungsanlagen, **Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit sowie über die Einhaltung der Anforderungen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und -effizienz von sonstigen Wärmeerzeugungssystemen**, Formblätter, Mängelmeldungen und Bescheinigungen, zu übergeben und

- 3.elektronisch gespeicherte **Wärmekataster** und andere auf seine Tätigkeit als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger bezogene Daten maschinell verwertbar und lesbar zu übermitteln.

2Der Nachfolger hat die übergebenen **Wärmekataster** und Unterlagen stichprobenartig auf Vollständigkeit des Datensatzes sowie elektronisch Gespeichertes auf maschinelle Auslesbarkeit zu prüfen. 3Er hat dem übergebenden bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger binnen sechs Wochen schriftlich oder elektronisch die ordnungsgemäße Übergabe zu bestätigen oder die Übergabe zu beanstanden. 4Im Fall einer Beanstandung hat der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger binnen drei Wochen die Übergabe nachzubessern. 5Satz 2 ist sodann mit einer Frist von drei Wochen entsprechend anzuwenden. 6Ist auch die Nachbesserung ungenügend oder erfolgt innerhalb der Prüffrist keine Rückmeldung durch den Nachfolger, ist die Aufsichtsbehörde zu benachrichtigen und der jeweils Säumige hierüber zu unterrichten. 7Unverzüglich nach dem Erhalt der Bestätigung über die ordnungsgemäße Übergabe durch den Nachfolger oder die Aufsichtsbehörde hat der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger alle durch die hoheitliche Tätigkeit erlangten Daten zu löschen, es sei denn, dass andere Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorschreiben. 8Wenn der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger seinen Pflichten nach den Sätzen 1 und 4 nicht nachkommt und der Nachfolger die Daten des **Wärmekatasters** erheben muss, hat der bisherige bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die Kosten für die Erhebung zu tragen.

(5) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat ein **Wärmekataster** sowie die für die Führung des **Wärmekatasters** erforderlichen Unterlagen einschließlich der eingereichten Formblätter bis zum Ablauf von sieben Jahren ab der letzten Eintragung aufzubewahren, sofern nicht andere Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorschreiben. Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten zu löschen und die Unterlagen zu vernichten. Die Frist nach Satz 1 beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Eintragung vorgenommen wurde.

(6) Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger verarbeiten die Daten nach **den §§ 19 und 19a**, soweit das zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. Personenbezogene



Daten aus dem **Wärmekataster** werden an die zuständige Behörde übermittelt, wenn und soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben dieser Behörde nach diesem Gesetz erforderlich ist; im Übrigen werden Daten an öffentliche Stellen übermittelt, soweit das Landesrecht dies zulässt. An nicht öffentliche Stellen dürfen die Daten nur übermittelt werden, soweit

1. die Übermittlung nach dem Landesrecht zulässig ist und
2. der Dritte, an den die Daten übermittelt werden, ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der Daten und der Betroffene kein schutzwürdiges Interesse an dem Unterbleiben der Übermittlung hat.

Die Verordnung (EU) 2016/679 bleibt unberührt.

## 19c

### Mitteilungspflichten von Verwaltern und Wohnungseigentümern

Ein Verwalter im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes hat dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger auf Anforderung unverzüglich Namen und Anschrift des Besitzers im Sinne des § 19 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b mitzuteilen. Der Wohnungseigentümer hat dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger Namen und Anschrift des Besitzers im Sinne des § 19 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c auf Anforderung unverzüglich mitzuteilen.“.

12. In § 20 Absatz 1 Satz 1 wird nach der Angabe „§ 14a,“ die Angabe „§ 14c“ eingefügt.
13. In § 21 Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „auf deren Anforderung **das Kherbuch** und die für die Führung des **Kherbuchs** erforderlichen Unterlagen“ durch die Angabe „auf deren Anforderung das **Wärmekataster** und die für die Führung des **Wärmekatasters** erforderlichen Unterlagen“ ersetzt.
14. § 24 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
  - a) Nummer 2 wird durch die folgende Nummer 2 ersetzt:

„2. entgegen § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Variante 1 oder Satz 2 oder § 19c eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,“
  - b) In den Nummer 3 und 5 wird jeweils die Angabe „**Abs.**“ durch die Angabe „**Absatz**“ ersetzt.
  - c) In Nummer 7 wird die Angabe „**Kherbuch**“ durch die Angabe „**Wärmekataster**“ ersetzt.
  - d) Nummer 8 wird durch die folgende Nummer 8 ersetzt:

„8. Entgegen § 19b Absatz 4 Satz 1 ein **Wärmekataster**, einen Feuerstättenbescheid oder eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übergibt

oder ein elektronisches **Wärmekataster** oder dort genannte Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt oder“

- e) In Nummer 9 wird die Angabe „entgegen **§ 19** Absatz **3** Satz 2“ durch die Angabe „entgegen **§ 19b** Absatz **4** Satz 2“ ersetzt.

## Artikel 2

### Änderung des Wärmeplanungsgesetzes

Das Wärmeplanungsgesetz vom 20. Dezember 2023 (BGBl. I. Nr. 394) wird wie folgt geändert:

Nach Anlage 1 Nummer 2 wird die folgende Nummer 2a eingefügt:

- „2a. bei Mehrfamilienhäusern adressbezogene, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert für mindestens drei Hausnummern Informationen und Daten zu dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen ohne Verbrennungstechnik
- a) zur Art des Wärmeerzeugers, zum Beispiel Wärmepumpe oder Stromdirektheizung,
- b) zum eingesetzten Energieträger,
- c) zur thermischen Leistung des Wärmeerzeugers in Kilowatt,“.

## Artikel 3

### Änderung des Gebäudeenergiegesetzes

Das Gebäudeenergiegesetz vom 08. August 2020 (BGBl. I S. 1728), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16. Oktober 2023 (BGBl. I Nr. 280) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

In § 60b Absatz 4 wird die Angabe „insbesondere bei der Durchführung von Kehr- und Überprüfungstätigkeiten **oder** einer Feuerstättenschau“ durch die Angabe „insbesondere bei der Durchführung von Kehr- und Überprüfungstätigkeiten, einer Feuerstättenschau **oder einer Wärmeerzeugungssystemschau**“ ersetzt.

## Artikel 4

### Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

Berlin, den [●]

## **Begründung**

### **A. ALLGEMEINER TEIL**

#### **I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen**

Die Bundesrepublik Deutschland ist bestrebt, bis 2045 klimaneutral zu werden und die hierzu erforderliche Energie- und Wärmewende erfolgreich zu gestalten. Im Rahmen der Wärmeversorgung soll hierzu die vollständige Dekarbonisierung der Bereitstellung von Energie zum Zweck der Raumwärme-, Warmwasser- und Prozesswärmebereitung erreicht werden. Um diese angestrebten Veränderungen in der Wärmeversorgung zu erreichen, ist eine staatliche strategische Wärmeplanung erforderlich.

Mit dem Wärmeplanungsgesetz vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394) (WPG) wurde ein bundesgesetzlicher einheitlicher Rechtsrahmen für die Wärmeplanung geschaffen. Die Wärmeplanung ist ein Mittel, das den Weg zu einer kosteneffizienten, nachhaltigen, sparsamen, bezahlbaren und resilienten Wärmeversorgung aufzeigen soll. Hierfür sollen durch die planungsverantwortlichen Stellen Wärmepläne erstellt werden. Die Wärmepläne sollen nach § 15 Abs. 1 WPG unter anderem Angaben dazu enthalten, welche Bedarfe und Verbräuche in den jeweiligen beplanten Teilgebieten für eine ausreichende Wärmeversorgung bestehen, welche Energieträger bislang für die Deckung dieses Bedarfs genutzt werden und welche Wärmeerzeugungssysteme und -anlagen aktuell vorhanden sind.

Um die Wärmepläne erstellen zu können, benötigen die für die Planung verantwortlichen Stellen flächendeckende, aktuelle und zuverlässige Daten mit einer zuverlässig hohen Datenqualität zu den bestehenden Wärmeerzeugungssystemen und -anlagen sowie zum Wärmeverbrauch und -bedarf. Aus diesem Grund sieht § 15 Abs. 2 WPG vor, dass die planungsverantwortlichen Stellen relevante Informationen und erforderliche Daten zur aktuellen Versorgung des beplanten Gebiets mit Wärme systematisch und qualifiziert erheben müssen.

Hierzu ermöglichen die §§ 10 und 11 WPG der planungsverantwortlichen Stelle, die Daten bei Statistikämtern, in Plattformen von Bundes- oder Landesbehörden sowie im Gebäuderegister, im Grundbuch, im Liegenschaftskataster oder in sonstigen öffentlichen oder für die planungsverantwortliche Stelle zugänglichen Datenbanken oder Netzwerken zu erheben. Zudem werden zugunsten der planungsverantwortlichen Stelle Auskunftspflichtige zur Bereitstellung von Daten verpflichtet, unter anderem die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger im Sinne des § 8 SchfHwG. So können etwa mithilfe der Kehrbuchdaten der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger die Art der Wärmeerzeugungstechnologie sowie der eingesetzte Energieträger festgestellt und mithilfe der Kehrbuchdaten zur Nennwärmeleistung Energieverbräuche typisiert geschätzt werden.

Um den planungsverantwortlichen Stellen eine praktische Hilfestellung zu geben, haben das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz und das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen den gemeinsamen „Leitfaden Wärmeplanung – Empfehlungen zur methodischen Vorgehensweise für Kommunen und andere Planungsverantwortliche“ (Leitfaden) herausgegeben.

Aus dem Leitfaden geht hervor, dass im Rahmen der Datenerhebung „Datenlücken bei strombasierten Wärmeversorgungstechnologien – vor allem Wärmepumpen, elektrischen Direktheizungen oder elektrischen Prozesswärmeverfahren – zu erwarten“ sind (Leitfaden, S. 43). Diese Datenlücken entstehen, weil das WPG keine Erhebungsermächtigung für Stromverbrauchsdaten vorsieht. Die Daten zu Bestandsanlagen sind derzeit von unterschiedlichen Auskunftspflichtigen zu erheben und für die Bestandsanalyse von den planungsverantwortlichen Stellen aufwendig zu aggregieren und aufzubereiten.

Der vorliegende Gesetzesentwurf soll diese Datenlücken schließen und für die planungsverantwortlichen Stellen eine einheitliche, zentralisierte Datenbasis zu Bestandswärmeerzeugungssystemen und -anlagen mit gesicherter hoher Datenqualität schaffen. Gleichzeitig soll die Betriebs- und Brandsicherheit sonstiger Wärmeerzeugungssysteme, die nicht in den Anwendungsbereich der Feuerstättenschau fallen, sichergestellt werden.

Um diese Ziele zu erreichen, sollen die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger verstärkt in die Bereitstellung der Datengrundlage einbezogen werden. Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger führen schon sog. Kehrbücher, diese sollen mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf zu einem Wärmekataster ausgebaut werden. Das neue Wärmekataster soll Daten zu allen Wärmeerzeugungssystemen erfassen. Um die Qualität der Daten und die Betriebs- und Brandsicherheit zu gewährleisten, soll parallel zur Feuerstättenschau eine Wärmeerzeugungssystemschau für sonstige Wärmeerzeugungssysteme eingeführt werden.

Neben den notwendigen Änderungen im SchfHwG muss die Ermächtigung zur Datenerhebung nach dem WPG erweitert werden, damit die erforderlichen Daten von der planungsverantwortlichen Stelle erhoben werden können. Im SchfHwG müssen neue Normen für die Wärmeerzeugungssystemschau sowie zur Einführung des Wärmekatasters geschaffen werden. Darüber hinaus sind die Eigentümerpflichten, die Regime zur Mängelverfolgung und Zwangsvollstreckung sowie Bußgeldtatbestände entsprechend anzupassen. In § 60b Absatz 4 GEG wird die Wärmeerzeugungssystemschau ergänzt und so mit den dortigen Pflichten nach dem GEG abgestimmt. Ferner enthält der vorliegende Gesetzesentwurf redaktionelle Änderungen.

## **II. Wesentliche Inhalte des Entwurfs**

Die nach dem WPG zu erhebenden Daten werden erweitert. Das Kehrbuch der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger wird zu einem Wärmekataster ausgebaut. Parallel zur Feuerstättenschau wird eine Wärmeerzeugungssystemschau für sonstige Wärmeerzeugungssysteme eingeführt.

### **III. Alternativen**

Alternativ käme eine Beibehaltung der jetzigen Rechtslage in Betracht. Dann könnten die beschriebenen Datenlücken weder geschlossen noch die aktuelle Datenquellenlage verbessert werden. Insofern kommt eine Beibehaltung des status quo nicht in Betracht, wenn man die Informationslage im Rahmen der Wärmeplanung verbessern will.

Ferner könnte erwogen werden, die Grundstückseigentümer entweder selbst dazu zu verpflichten, die Daten der planungsverantwortlichen Stelle zur Verfügung zu stellen oder der planungsverantwortlichen Stelle die Befugnis verleihen, diese Daten selbst unmittelbar bei den Grundstückseigentümern zu erheben. Diese Lösungen wären allerdings nicht ebenso effizient: Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger sind schon jetzt verpflichtet, die Feuerstätten in ihren jeweiligen Bezirken regelmäßig zu besichtigen. Daher sind ihnen die örtlichen Gegebenheiten sehr gut bekannt. Zudem sind die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger schon jetzt angehalten, die bei der Feuerstättenschau gesammelten Informationen im Kherbuch zu dokumentieren. Diese Aufgabe würde nur um weitere Anlagen ergänzt, die die Feuerstätten voraussichtlich zunehmend ablösen werden. Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger verfügen schon heute über die nötigen Ressourcen und Expertise, um an der Datenerhebung unmittelbar mitwirken zu können. Behörden müssten hierzu erst aufwendig Infrastruktur und Personalbestände aufbauen. Die effiziente Erfassung der Daten durch die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger führt zudem zu einer Entlastung der Bürger, da neue aufwendige Erhebungsverfahren vermieden werden. Zudem wird durch die Erhebung im Wärmekataster sichergestellt, dass die Daten – wie vom WPG im Rahmen der Kherbuchdaten vorgesehen – den planungsverantwortlichen Stellen nur aggregiert zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus können die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger im Zuge der Datenerhebung auch die Betriebs- und Brandsicherheit sicherstellen, indem sie die Feuerstätten und sonstigen Wärmeerzeugungssysteme während der Datenerhebung einer entsprechenden Prüfung unterziehen.

### **IV. Gesetzgebungskompetenz**

Die Gesetzgebungskompetenz des Bundes ergibt sich im Schwerpunkt aus Art. 74 Absatz 1 Nummer 24 des Grundgesetzes (GG). Die Regelungen dieses Gesetzesentwurfes fallen in den Bereich der Luftreinhaltung.

Die Wärmeerzeugungssystemschaue dient der richtigen und vollständigen Erhebung der für das Wärmekataster und damit für die Wärmeplanung erforderlichen Daten. Denn das Wärmekataster bildet eine einheitliche, zentralisierte Datenbasis zu Bestandswärmeerzeugungssystemen und -anlagen mit gesichert hoher Datenqualität für die Bestandsanalyse und Wärmeplanung nach dem WPG. Diese wiederum dienen dem Zweck, den Umwelt- und Klimaschutz zu fördern.

Zusätzlich dient die Durchführung der Wärmeerzeugungssystemschaue dem Zweck der Gewährleistung von Betriebs- und Brandsicherheit. Dies gilt allerdings in geringerem Maße als bisher, da die Sicherheitsrisiken von Wärmeerzeugungssystemen, die – anders als Feuerstätten – ohne

Verbrennung funktionieren. Insofern überwiegt der Aspekt der Luftreinhaltung als Kompetenzgrundlage für diesen Gesetzesentwurf.

## **V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen**

Die vorgeschlagenen Regelungen sind mit dem Unionsrecht vereinbar. Die unionsrechtliche Zulässigkeit der Regelungen dieses Entwurfs hängt im Wesentlichen davon ab, ob sie den Anforderungen der Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt (Abl. L 376 vom 27. Dezember 2006, S. 36) (Dienstleistungsrichtlinie) genügen muss und sofern man dies bejaht, ob sie mit ihren Anforderungen im Einklang steht.

Die Regelungen der Dienstleistungsrichtlinie sind nicht anzuwenden, da die Wärmeerzeugungssystemschau und das Führen des Wärmekatasters unionsrechtlich als Ausübung öffentlicher Gewalt i. S. d. Art. 51 Abs. 1 AEUV zu qualifizieren und damit vom Anwendungsbereich der Dienstleistungsrichtlinie ausgenommen sind. Das ergibt sich insbesondere aus dem Umstand, dass die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger weitgehend autonom handeln könnten und in Ausübung ihrer hoheitlichen Tätigkeiten nicht wettbewerblich handeln. Zudem stufen sowohl der Unions- als auch der nationale Normgeber die Planung und Organisation der (klimaneutralen) Wärmeversorgung sowie die damit verbundenen Aufgaben sowohl auf Unionsebene als auch auf nationaler Ebene als grundlegende staatliche Aufgaben ein. Dies ist auch folgerichtig, da Versorgungssicherheit, Gefahrenabwehr, Umwelt- und Klimaschutz zentrale Interessen der Allgemeinheit sind. Die mit der vorgeschlagenen gesetzlichen Regelung avisierten Tätigkeiten sind daher im Sinne einer hoheitlichen Aufgabenerfüllung der staatlichen Einflussphäre zuzurechnen und dürfen nicht dem freien Wettbewerb überlassen werden. Jedenfalls scheidet auch eine ungerechtfertigte diskriminierende Wirkung aus, da zumindest eine Rechtfertigung durch zwingende Gründe des Allgemeininteresses (öffentliche Sicherheit und Gesundheit sowie Umweltschutz) vorliegt und die Regelungen den Maßgaben der Verhältnismäßigkeit genügen.

Der Anwendungsbereich völkerrechtlicher Verträge, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, wird durch diesen Entwurf nicht berührt.

## **VI. Gesetzesfolgen**

Dieser Gesetzesentwurf bewirkt, dass in Zukunft zum einen die Wärmeerzeugungssystemschau für alle sonstigen Wärmeerzeugungssysteme durchgeführt werden muss. Diese wird von dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger durchgeführt. Im Rahmen der Wärmeerzeugungssystemschau erhebt dieser die Daten, die im durch diesen Entwurf eingeführten Wärmekataster eingetragen werden müssen. Die Befugnisse der zuständigen Behörde werden parallel zur Feuerstättenschau und zum Kkehrbuch auf die Wärmeerzeugungssystemschau und das Wärmekataster ausgedehnt.

## **1. Rechts- und Verwaltungsvereinfachung**

Eine Rechts- und Verwaltungsvereinfachung wird dadurch erreicht, dass den planungsverantwortlichen Stellen eine nunmehr vollständige, einheitliche, zentralisierte Datenbasis zu Bestandswärmeerzeugungssystemen und -anlagen mit gesichert hoher Datenqualität für die Bestandsanalyse und Wärmeplanung nach dem WPG zur Verfügung gestellt wird. Hierdurch werden zum einen Datenlücken geschlossen, indem Daten bereitgestellt werden, die ohne diesen Entwurf nicht zur Verfügung stehen würden. Zum anderen ermöglicht dieser Entwurf den planungsverantwortlichen Stellen, die Daten zu Bestandswärmeerzeugungssystemen gesammelt und einheitlich von einem einzigen Auskunftspflichtigen – nämlich dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger – zu beziehen.

Da die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger schon in der Vergangenheit mit der Führung des Kehrbooks betraut waren und in diesem Rahmen bereits Daten für die Wärmeplanung bereitgestellt haben, können die Erweiterungen dieses Entwurfes auf bewährte Strukturen aufbauen. In der Folge kann die ansonsten ressourcenintensive Schaffung entsprechender administrativer Strukturen staatlicherseits oder unter Zuhilfenahme sonstiger Dritter entfallen.

## **2. Nachhaltigkeitsaspekte**

Dieser Entwurf steht im Einklang mit dem Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen dient. Der Entwurf zielt darauf, den planungsverantwortlichen Stellen für die Wärmeplanung eine einheitliche, zentralisierte Datenbasis zur Verfügung zu stellen und Datenlücken zu schließen. Auf diese Weise fördert dieser Gesetzesentwurf mittelbar dieselben Ziele wie das WPG, das seinerseits der Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie dient.

Daher fördert er die Verwirklichung der Nachhaltigkeitsziele 7 „Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern“, 9 „Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen“ und 11 „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“.

Darüber hinaus trägt dieser Gesetzesentwurf durch die Einführung der Wärmeerzeugungssystemschau auch unmittelbar zur Betriebs- und Brandsicherheit, zur Energieeinsparung und -effizienz sowie zum Klima- und Umweltschutz bei. Insofern fördert er das Nachhaltigkeitsziel 13 „Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen“.

## **3. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand**

*[Diese Angabe ist im Gesetzgebungsverfahren zu ergänzen.]*

#### **4. Erfüllungsaufwand**

*[Die folgenden Angaben sind im Gesetzgebungsverfahren zu ergänzen.]*

##### **Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger**

[•]

##### **Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft**

[•]

##### **Erfüllungsaufwand der Verwaltung**

[•]

#### **5. Weitere Kosten**

*[Diese Angabe ist im Gesetzgebungsverfahren zu ergänzen.]*

### **VII. Befristung, Evaluierung**

Die Regelungen sollen auf Dauer gelten.



## **B. BESONDERER TEIL**

### **Zu Artikel 1 (Änderung des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes)**

#### **Zu Nummer 1**

Die Änderungen dienen der Anpassung der Inhaltsübersicht an die nachfolgenden Änderungen im verfügenden Teil.

#### **Zu Nummer 2**

#### **Zu Buchstabe a**

#### **Zu Buchstabe aa**

Die Ermächtigung des Bundesministeriums dient ausdrücklich auch der Sicherstellung der Energieeffizienz. Dieser Zweck ist im Kontext mit den Zielen des Umweltschutzes und der Energieeinsparung zu sehen.

#### **Zu Buchstabe bb**

Das Bundesministerium wird zum Erlass einer Rechtsverordnung ermächtigt. Die Verordnung dient der Konkretisierung der Merkmale, Grenzwerte und Anforderungen, die eingehalten werden müssen, damit die Betriebs- und Brandsicherheit eines sonstigen Wärmeerzeugungssystem erhalten bleibt und den Belangen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie des Klimaschutzes mit Blick auf die Zwecke dieses Gesetzes hinreichend Rechnung getragen wird. Beim Erlass und folgenden Aktualisierungen der Rechtsverordnung sollten der Stand der Technik sowie die technischen Besonderheiten der jeweiligen sonstigen Wärmeerzeugungssystemtypen berücksichtigt werden.

Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 enthält die Legaldefinition sonstiger Wärmeerzeugungssysteme. Die Definition verfolgt das Ziel, alle Wärmeerzeugungssysteme mit Ausnahme der kehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 zu erfassen. So wird sichergestellt, dass die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger sämtliche Feuerstätten und sonstigen Wärmeerzeugungssysteme besichtigen, prüfen und dokumentieren.

#### **Zu Buchstabe b**

Wie schon bei kehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen, sind auch Änderungen an, der Einbau neuer, die Inbetriebnahme stillgelegter sowie die dauerhafte Stilllegung sonstiger Wärmeerzeugungssysteme gegenüber dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger mitteilungspflichtig. Auf diese Weise ist sichergestellt, dass der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger Kenntnis von allen relevanten Veränderungen bezüglich der sonstigen Wärmeerzeugungssysteme seines Bezirkes erhält.

### **Zu Buchstabe c**

Die Eigentümer- und Besitzerpflicht, dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger Zutritt zu gewähren, wird zugunsten der Wärmeerzeugungssystemschau ausgeweitet.

### **Zu Nummer 3**

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Erweiterung der Möglichkeit zur Vertretung nach § 11b durch einen Betriebsangehörigen auf die Wärmeerzeugungssystemschau.

### **Zu Nummer 4**

Die Möglichkeit zur Vertretung durch einen Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau wird auf die Wärmeerzeugungssystemschau ausgeweitet. Im Rahmen der Wärmeerzeugungssystemschau soll eine Vertretung durch einen Betriebsangehörigen unter den gleichen Voraussetzungen wie bei der Feuerstättenschau möglich sein.

### **Zu Nummer 5**

Die Änderung trägt dem Ausbau des Kehrbuchs zum Wärmekataster Rechnung, indem die Führungspflicht des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers auf das gesamte Wärmekataster erweitert wird.

### **Zu Nummer 6**

### **Zu § 14c**

Die neu eingeführte Wärmeerzeugungssystemschau dient mehreren Zwecken. Zum einen soll entsprechend zur Feuerstättenschau eine Überprüfung der Brand- und Betriebssicherheit sowie der Anforderungen der Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 durch den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger erfolgen. Gleichzeitig dient die Wärmeerzeugungssystemschau der vollständigen und richtigen Erhebung der Daten des Wärmekatasters. Die hohe Qualität der Datenerhebung soll dadurch gewährleistet werden, dass der bevollmächtige Bezirksschornsteinfeger die Daten persönlich vor Ort erhebt. Die persönliche Vornahme durch den bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger ist deshalb besonders effektiv, weil dieser einerseits besondere Fachkunde besitzt und gleichzeitig für die Führung des Wärmekatasters verantwortlich ist.

### **Zu Absatz 1**

In Absatz 1 wird die Wärmeerzeugungssystemschau legaldefiniert. Neben der Prüfung der Betriebs- und Brandsicherheit sowie der Anforderungen der Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 ist auch die vollständige und richtige Datenerhebung der Daten für das Wärmeerzeugungssystembuch Teil der Wärmeerzeugungssystemschau. Die zeitlichen Intervalle für die wiederholte Durchführung einer Wärmeerzeugungssystemschau entsprechen denen der Feuerstättenschau.

### **Zu Absatz 2**

Wie im Rahmen der Feuerstättenschau soll der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger auch im Rahmen der Wärmeerzeugungssystemschau befugt sein, erforderliche vorläufige Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen, wenn die Betriebs- und Brandsicherheit nicht gewährleistet ist und Gefahr im Verzug besteht.

### **Zu Absatz 3**

Das Mängelverfolgungsregime entspricht dem Regime aus § 14 Absatz 3 für Mängel, die während der Feuerstättenschau festgestellt werden. Parallel zu § 14 Absatz 3 Satz 2 beginnt die Frist aufgrund der nur entsprechenden Anwendung der § 5 Absatz 1 Sätze 1 und 2 mit der Durchführung der Wärmeerzeugungssystemschau. Wie im Rahmen der Feuerstättenschau steht es im Ermessen des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers, die sechswöchige Frist zu verkürzen oder zu verlängern. So kommt bspw. eine Verkürzung bei Gefahr im Verzug in Betracht.

### **Zu Nummer 7**

Die Befugnis zu anlassbezogenen Überprüfungen werden auf sonstige Wärmeerzeugungssysteme ausgedehnt. Die entsprechende Anwendung von § 14 Absatz 2 über das Ergreifen von vorläufigen Maßnahmen bei Gefahr im Verzug erfasst in Zukunft auch die anlassbezogene Überprüfung von sonstigen Wärmeerzeugungssystemen.

### **Zu Nummer 8**

Die Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit wird auf sonstige Wärmeerzeugungssysteme erweitert. Soweit Landesrecht dies vorsieht, stellt der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger auch eine Bescheinigung über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von sonstigen Wärmeerzeugungssystemen aus. Darüber hinaus stellt der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger auch Bescheinigungen über **die Einhaltung der Anforderungen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und -effizienz sonstiger Wärmeerzeugungssysteme** aus, soweit dies durch Landesrecht vorgesehen ist.

### **Zu Nummer 9**

Es handelt sich um Folgeänderungen aufgrund der Erweiterung der Möglichkeit zur Vertretung nach § 11b durch einen Betriebsangehörigen auf die Wärmeerzeugungssystemschau.

### **Zu Nummer 10**

§ 19 regelt wie bisher, welche Daten im Kherbuch erfasst werden müssen. Die im Kherbuch zu erfassenden Daten bleiben im Vergleich zur bisherigen Rechtslage unverändert. Die Absätze 2 bis 4 werden in die § 19b Absätze 3 bis 6 verschoben und auf das gesamte Wärmekataster ausgedehnt. Um den Aufwand für redaktionelle Anpassungen für die Länder und die Verwaltung zu vermindern, wurde die Regelung zur Kherbuchführung in § 19 belassen. Im Übrigen handelt es sich um redaktionelle Änderungen.

## **Zu Nummer 11**

### **Zu § 19a**

§ 19a regelt, welche Daten im neuen Wärmeerzeugungssystembuch erfasst werden müssen. Die im Wärmeerzeugungssystembuch zu erfassenden Daten entsprechen – soweit übertragbar – den Daten des Kehrbuchs. Durch die parallele Ausgestaltung wird eine einheitliche Datenerhebung durch den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger und in der Folge eine einheitliche Datenbasis für die planungsverantwortliche Stelle nach dem WPG sichergestellt. In der Konsequenz können die Daten zu sonstigen Wärmeerzeugungssystemen von der planungsverantwortlichen Stelle auf die gleiche Weise wie die Kehrbuchdaten verarbeitet und so die Datenlücken optimal und gleichmäßig geschlossen werden.

### **Zu § 19b**

Das Kehrbuch wird zu einem umfassenden Wärmekataster ausgebaut. Das Wärmekataster erfasst über das bisherige Kehrbuch hinaus im neuen Wärmeerzeugungssystembuch auch Daten bezüglich sonstiger Wärmeerzeugungssysteme.

### **Zu Absatz 1**

Wie bislang die Führung der Kehrbücher obliegt die Führung der Wärmekataster den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern.

### **Zu Absatz 2**

Der Ausbau des Kehrbuchs zum umfassenden Wärmekataster, soll das Kehrbuch in seiner bisherigen Form und Funktion nicht beschränken. Daher besteht das Kehrbuch unverändert als Teil des Wärmekatasters fort. Als weiterer Teil des Wärmekatasters tritt das Wärmeerzeugungssystembuch ergänzend neben das Kehrbuch. In diesem werden die Daten im Zusammenhang mit sonstigen Wärmeerzeugungssystemen geführt. Diese Einteilung ermöglicht es, auch in Zukunft den Besonderheiten sowohl von im Kehrbuch geführten Anlagen als auch von sonstigen Wärmeerzeugungssystemen angemessen Rechnung zu tragen.

### **Zu den Absätzen 3 bis 6**

Die Absätze 3 bis 6 entsprechen den bisherigen § 19 Absätzen 2 bis 5. Die Regelungen über die Führung und Übergabe des Kehrbuchs, über die Aufbewahrung der zur Führung erforderlichen Unterlagen sowie über die Datenverarbeitung wurden auf das gesamte Wärmekataster ausgedehnt und die Vorschriften so vor die Klammer gezogen. Daher gelten sie für die Führung des Kehrbuchs und des Wärmeerzeugungssystembuchs gleichermaßen. Da Formblätter im Zusammenhang mit der Wärmeerzeugungssystemschau keine Rolle spielen, ist der Halbsatz „einschließlich der eingereichten Formblätter“ in Absatz 5 Satz 1 nur für das Kehrbuch relevant.

### **Zu § 19c**

§ 19c entspricht dem ehemaligen § 19a. Die Norm wurde redaktionell angepasst.

## **Zu Nummer 12**

Für die Durchführung der Wärmeerzeugungssystemschau hat der Eigentümer dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger Gebühren zu entrichten.

## **Zu Nummer 13**

Die Vorlagepflicht des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers gegenüber der für die Aufsicht zuständigen Behörde wird entsprechend dem Ausbau des Kehrbuchs zum Wärmekataster auf das Wärmekataster erweitert.

## **Zu Nummer 14**

Neben redaktionellen Änderungen werden die Bußgeldtatbestände bezüglich der Eigentümermittlungspflichten, der Führung des Wärmekatasters und dessen Übergabe an den nachfolgenden bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger angepasst.

## **Zu Artikel 2 (Änderung des Wärmeplanungsgesetzes)**

Um die Datenlücken bei der Wärmeplanung zu schließen, wird durch die neue Anlage 1 Nummer 2a die Berechtigung der planungsverantwortlichen Stelle zur Datenerhebung auf Daten zu dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen ohne Verbrennungstechnik erweitert. Anlage 1 Nummer 2a ist parallel zu Anlage 1 Nummer 2 ausgestaltet, welcher zur Datenerhebung von Daten bezüglich dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen mit Verbrennungstechnik ermächtigt. Während schon die Daten nach Anlage 1 Nummer 2 über den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger als Auskunftspflichtigem nach § 11 Absatz 1 Nummer 3 WPG aus dem Kehrbuch erhoben werden können, können nunmehr zusätzlich die Daten nach Anlage 1 Nummer 2a auf die gleiche Weise aus dem Wärmeerzeugungssystembuch erhoben werden. Durch die parallele Ausgestaltung wird sichergestellt, dass die Daten zu sonstigen Wärmeerzeugungssystemen von der planungsverantwortlichen Stelle auf die gleiche Weise wie die Kehrbuchdaten erhoben und verarbeitet werden und so insoweit bestehende Datenlücken optimal und gleichmäßig geschlossen werden können.

## **Zu Artikel 3 (Änderung des Gebäudeenergiegesetzes)**

§ 60b Absatz 4 dient dazu, die Überprüfungs- und Optimierungsarbeiten nach dem GEG bei Gelegenheit anderer Termine, beispielsweise der Feuerstättenschau, zu ermöglichen. Diesem Interesse entspricht es, die durch diesen Entwurf neu eingeführte Wärmeerzeugungssystemschau in § 60b Absatz 4 zu ergänzen.

## Anhang: Synopse

Bisherige Fassung	Neue Fassung
Änderungen des Schornsteinfeger-Handwerksgesetzes	
<p>§ 1 Eigentümerpflichten; Verordnungsermächtigungen</p> <p>(1) 1Jeder Eigentümer eines Grundstücks oder eines Raums ist verpflichtet, fristgerecht Folgendes zu veranlassen:</p> <p>1die Reinigung und Überprüfung vonkehr- und prüfungspflichtigen Anlagen sowie</p> <p>2.die Schornsteinfegerarbeiten, die für kleine und mittlere Feuerungsanlagen durch Rechtsverordnung nach § 23 Absatz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vorgeschrieben sind.</p> <p>2Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates zum Zweck der Erhaltung der Betriebs- und Brandsicherheit, des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und des Klimaschutzes durch Rechtsverordnung zu bestimmen,</p> <p>1.welche Abgasanlagen, Feuerstätten, Rauchableitungen, Lüftungsanlagen oder sonstige Einrichtungen (Anlagen) in welchen Zeiträumen gereinigt oder überprüft werden müssen,</p> <p>2.welche Grenzwerte an Ab- und Verbrennungsgasen zum Erhalt der Betriebs- und Brandsicherheit von diesen Anlagen nicht überschritten werden dürfen,</p> <p>3.welche Verfahren bei der Reinigung und Überprüfung [●] einzuhalten sind.</p> <p>[●]</p> <p>3Die Landesregierungen werden ermächtigt, über die vom Bundesministerium für Wirtschaft und</p>	<p>§ 1 Eigentümerpflichten; Verordnungsermächtigungen</p> <p>(1) 1Jeder Eigentümer eines Grundstücks oder eines Raums ist verpflichtet, fristgerecht Folgendes zu veranlassen:</p> <p>1die Reinigung und Überprüfung vonkehr- und prüfungspflichtigen Anlagen sowie</p> <p>2.die Schornsteinfegerarbeiten, die für kleine und mittlere Feuerungsanlagen durch Rechtsverordnung nach § 23 Absatz 1 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes vorgeschrieben sind.</p> <p>2Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, mit Zustimmung des Bundesrates zum Zweck der Erhaltung der Betriebs- und Brandsicherheit, des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und -effizienz sowie des Klimaschutzes durch Rechtsverordnung zu bestimmen,</p> <p>1.welche Abgasanlagen, Feuerstätten, Rauchableitungen, Lüftungsanlagen oder sonstige Einrichtungen (Anlagen) in welchen Zeiträumen gereinigt oder überprüft werden müssen,</p> <p>2.welche Grenzwerte an Ab- und Verbrennungsgasen zum Erhalt der Betriebs- und Brandsicherheit von diesen Anlagen nicht überschritten werden dürfen,</p> <p>3.welche Verfahren bei der Reinigung und Überprüfung dieser Anlagen einzuhalten sind,</p> <p>4. welche Grenzwerte und welche sonstigen Merkmale und Anforderungen zur Erhaltung</p>

Energie getroffenen Regelungen hinaus durch Rechtsverordnung weitere Anlagen zu bestimmen, die zu den in Satz 2 aufgeführten Zwecken gereinigt überprüft werden müssen, und in welchen Zeiträumen dies zu geschehen hat. 4Die Landesregierungen können diese Ermächtigung auf oberste Landesbehörden übertragen.

(2) 1Jeder Eigentümer hat unverzüglich dem zuständigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger schriftlich oder elektronisch mitzuteilen:

1.Änderungen ankehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen [●], den Einbau neuer Anlagen [●] und die Inbetriebnahme stillgelegter Anlagen [●] sowie

2.die dauerhafte Stilllegung einerkehr- und überprüfungspflichtigen Anlage [●].

2Im Fall des Übergangs des Eigentums an einem Grundstück oder einem Raum hat der neue Eigentümer dies unter Angabe seines Namens und seiner Anschrift unverzüglich nach dem Eigentumsübergang dem zuständigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.

(3) 1Jeder Eigentümer oder Besitzer eines Grundstücks oder eines Raums ist verpflichtet, dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger und sonstigen Beauftragten der zuständigen Behörden für die Durchführung der in den §§ 14, [●] 15 und 26 bezeichneten Tätigkeiten sowie von Tätigkeiten, die durch Landesrecht vorgesehen sind, Zutritt zu den Grundstücken und Räumen zu gestatten. 2Jeder Besitzer ist zusätzlich verpflichtet, dem mit Schornsteinfegerarbeiten Beauftragten für die Durchführung von in § 2 Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten Zutritt zu gestatten.

(4) 1Sofern ein Eigentümer oder Besitzer eines Grundstücks oder eines Raums

der Betriebs- und Brandsicherheit, des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und Energieeffizienz sowie des Klimaschutzes im Hinblick auf Systeme zur Erzeugung von Raumwärme, Warmwasser oder einer Kombination davon einschließlich Hausübergabestationen zum Anschluss an ein Wärmenetz und Wärmeüberträger von unvermeidbarer Abwärme, mit Ausnahme derkehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 1 (sonstige Wärmeerzeugungssysteme) einzuhalten sind.

3Die Landesregierungen werden ermächtigt, über die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie getroffenen Regelungen hinaus durch Rechtsverordnung weitere Anlagen zu bestimmen, die zu den in Satz 2 aufgeführten Zwecken gereinigt oder überprüft werden müssen, und in welchen Zeiträumen dies zu geschehen hat. 4Die Landesregierungen können diese Ermächtigung auf oberste Landesbehörden übertragen.

(2) 1Jeder Eigentümer hat unverzüglich dem zuständigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger schriftlich oder elektronisch mitzuteilen:

1.Änderungen ankehr- und überprüfungspflichtigen Anlagen und sonstigen Wärmeerzeugungssystemen, den Einbau neuer Anlagen und sonstiger Wärmeerzeugungssysteme sowie die Inbetriebnahme stillgelegter Anlagen und sonstiger Wärmeerzeugungssysteme als auch

2.die dauerhafte Stilllegung einerkehr- und überprüfungspflichtigen Anlage und eines sonstigen Wärmeerzeugungssystems.

2Im Fall des Übergangs des Eigentums an einem Grundstück oder einem Raum hat der neue Eigentümer dies unter Angabe seines Namens und seiner Anschrift unverzüglich nach dem Eigen-

<p>1.den Zutritt zu dem Grundstück oder dem Gebäude entgegen Absatz 3 oder</p> <p>2.die Durchführung einer Tätigkeit, die auf Grund einer der in Absatz 3 bezeichneten Vorschriften durchzuführen ist,</p> <p>nicht gestattet, erlässt die zuständige Behörde unverzüglich eine Duldungsverfügung. 2§ 25 Absatz 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.</p> <p>(5) Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung wird nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 eingeschränkt.</p>	<p>tumsübergang dem zuständigen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger schriftlich oder elektronisch mitzuteilen.</p> <p>(3) 1Jeder Eigentümer oder Besitzer eines Grundstücks oder eines Raums ist verpflichtet, dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger und sonstigen Beauftragten der zuständigen Behörden für die Durchführung der in den §§ 14, §14c, 15 und 26 bezeichneten Tätigkeiten sowie von Tätigkeiten, die durch Landesrecht vorgesehen sind, Zutritt zu den Grundstücken und Räumen zu gestatten. 2Jeder Besitzer ist zusätzlich verpflichtet, dem mit Schornsteinfegerarbeiten Beauftragten für die Durchführung von in § 2 Absatz 1 Satz 1 bezeichneten Tätigkeiten Zutritt zu gestatten.</p> <p>(4) 1Sofern ein Eigentümer oder Besitzer eines Grundstücks oder eines Raums</p> <p>1.den Zutritt zu dem Grundstück oder dem Gebäude entgegen Absatz 3 oder</p> <p>2.die Durchführung einer Tätigkeit, die auf Grund einer der in Absatz 3 bezeichneten Vorschriften durchzuführen ist,</p> <p>nicht gestattet, erlässt die zuständige Behörde unverzüglich eine Duldungsverfügung. 2§ 25 Absatz 3 und 4 ist entsprechend anzuwenden.</p> <p>(5) Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung wird nach Maßgabe der Absätze 3 und 4 eingeschränkt.</p>
<p>§ 11 Vertretung</p> <p>(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat der zuständigen Behörde unverzüglich nach seiner Bestellung mindestens einen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger eines Bezirks im Zuständigkeitsbereich der Behörde als Vertreter zu benennen.</p>	<p>§ 11 Vertretung</p> <p>(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat der zuständigen Behörde unverzüglich nach seiner Bestellung mindestens einen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger eines Bezirks im Zuständigkeitsbereich der Behörde als Vertreter zu benennen.</p>



<p>(2) 1Ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger voraussichtlich weniger als einen Monat verhindert, hat er eine Vertretung durch eine der nach Absatz 1 benannten Personen eigenständig zu veranlassen. 2Im Rahmen ihrer Vereinbarungen über die Vertretung können die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger auch Vereinbarungen über den Einsatz von betriebsangehörigen Vertretern nach § 11b für die Durchführung der Feuerstättenschau und der dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 1 und 2 Satz 1 und 2 [●] treffen.</p> <p>(3) 1Ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger voraussichtlich länger als einen Monat verhindert, hat er seine Verhinderung der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. 2Wenn die Vertretung durch eine nach Absatz 1 benannte Person möglich ist, hat die zuständige Behörde die Vertretung durch diese anzuordnen; anderenfalls soll die Behörde einen oder mehrere bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger aus ihrem Zuständigkeitsbereich als Vertreter bestimmen und die Vertretung anordnen. 3Die Wahrnehmung der Vertretung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.</p> <p>(4) 1Die von der Behörde nach Absatz 3 Satz 2 angeordnete Vertretung hat seine Aufgaben in eigenem Namen und auf eigene Rechnung wahrzunehmen. 2Die Kapitel 3 und 4 dieses Teils sind auf diese angeordnete Vertretung entsprechend anzuwenden. 3Die zuständige Behörde kann den Bezirk, in dem eine Vertretung erforderlich ist, für die Dauer der Vertretung aufteilen. 4Wenn für den Vertreter nach Absatz 3 ein Betriebsangehöriger als Vertreter nach § 11b bestellt ist, darf dieser auch in dem Bezirk, für den die Vertretung nach Absatz 3 angeordnet ist, für die Durchführung der Feuerstättenschau und der dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 1 und 2 Satz 1 und 2 [●] eingesetzt werden.</p>	<p>(2) 1Ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger voraussichtlich weniger als einen Monat verhindert, hat er eine Vertretung durch eine der nach Absatz 1 benannten Personen eigenständig zu veranlassen. 2Im Rahmen ihrer Vereinbarungen über die Vertretung können die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger auch Vereinbarungen über den Einsatz von betriebsangehörigen Vertretern nach § 11b für die Durchführung der Feuerstättenschau und der dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 1 und 2 Satz 1 und 2 sowie für die Wärmeerzeugungssystemschau und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14c Absatz 2 Satz 1 und 2 treffen.</p> <p>(3) 1Ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger voraussichtlich länger als einen Monat verhindert, hat er seine Verhinderung der zuständigen Behörde unverzüglich anzuzeigen. 2Wenn die Vertretung durch eine nach Absatz 1 benannte Person möglich ist, hat die zuständige Behörde die Vertretung durch diese anzuordnen; anderenfalls soll die Behörde einen oder mehrere bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger aus ihrem Zuständigkeitsbereich als Vertreter bestimmen und die Vertretung anordnen. 3Die Wahrnehmung der Vertretung kann nur aus wichtigem Grund abgelehnt werden.</p> <p>(4) 1Die von der Behörde nach Absatz 3 Satz 2 angeordnete Vertretung hat seine Aufgaben in eigenem Namen und auf eigene Rechnung wahrzunehmen. 2Die Kapitel 3 und 4 dieses Teils sind auf diese angeordnete Vertretung entsprechend anzuwenden. 3Die zuständige Behörde kann den Bezirk, in dem eine Vertretung erforderlich ist, für die Dauer der Vertretung aufteilen. 4Wenn für den Vertreter nach Absatz 3 ein Betriebsangehöriger als Vertreter nach § 11b bestellt ist, darf dieser auch in dem Bezirk, für den die Vertretung nach Absatz 3 angeordnet ist, für die Durchführung der Feuerstättenschau und der dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 1 und 2 Satz</p>
---	--

<p>(5) 1Der zuständige bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat der von der Behörde nach Absatz 3 Satz 2 angeordneten Vertretung die Daten und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Vertretung erforderlich sind. 2Nach Beendigung der Vertretung hat der Vertreter</p> <p>1.dem vertretenen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger die Daten und Unterlagen zurückzugeben und neu gewonnene Daten und neue Unterlagen zu übergeben,</p> <p>2.sämtliche bei ihm verbliebene Daten zu löschen, soweit nicht andere Vorschriften entgegenstehen, und</p> <p>3.den vertretenen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger über die durchgeführten Arbeiten zu unterrichten.</p>	<p>1 und 2 sowie für die Wärmeerzeugungssystemschau und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14c Absatz 2 Satz 1 und 2 eingesetzt werden.</p> <p>(5) 1Der zuständige bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat der von der Behörde nach Absatz 3 Satz 2 angeordneten Vertretung die Daten und Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die für die Vertretung erforderlich sind. 2Nach Beendigung der Vertretung hat der Vertreter</p> <p>1.dem vertretenen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger die Daten und Unterlagen zurückzugeben und neu gewonnene Daten und neue Unterlagen zu übergeben,</p> <p>2.sämtliche bei ihm verbliebene Daten zu löschen, soweit nicht andere Vorschriften entgegenstehen, und</p> <p>3.den vertretenen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger über die durchgeführten Arbeiten zu unterrichten.</p>
<p>§ 11b Vertretung durch Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau [●]</p> <p>(1) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger kann bei der zuständigen Behörde schriftlich oder elektronisch beantragen, einen Angehörigen seines Betriebs als Vertreter für die Feuerstättenschau nach § 14 Absatz 1 und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 2 Satz 1 und 2 [●] zu bestellen. 2Der Vertreter muss die handwerksrechtlichen Voraussetzungen zur selbstständigen Ausübung des Schornsteinfegerhandwerks erfüllen.</p> <p>(2) 1Dem Antrag sind die folgenden Unterlagen beizufügen:</p> <p>1.eine eigenhändig unterschriebene Einverständniserklärung des Betriebsangehörigen zur Übernahme der Vertretung,</p>	<p>§ 11b Vertretung durch Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau und die Wärmeerzeugungssystemschau</p> <p>(1) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger kann bei der zuständigen Behörde schriftlich oder elektronisch beantragen, einen Angehörigen seines Betriebs als Vertreter für die Feuerstättenschau nach § 14 Absatz 1 und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14 Absatz 2 Satz 1 und 2 sowie für die Wärmeerzeugungssystemschau nach § 14c Absatz 1 und die dabei anfallenden Tätigkeiten nach § 14c Absatz 2 Satz 1 und 2 zu bestellen. 2Der Vertreter muss die handwerksrechtlichen Voraussetzungen zur selbstständigen Ausübung des Schornsteinfegerhandwerks erfüllen.</p> <p>(2) 1Dem Antrag sind die folgenden Unterlagen beizufügen:</p>

<p>2.Nachweise zur Qualifikation des Betriebsangehörigen und</p> <p>3.der Arbeitsvertrag des Betriebsangehörigen.</p> <p>2Die zuständige Behörde kann die Vorlage weiterer Unterlagen der vorgeschlagenen Person entsprechend § 9a Absatz 2 verlangen. 3§ 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 ist dabei mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass für die Bestimmung des Erklärungszeitraums auf den Zeitpunkt der Antragstellung abzustellen ist.</p> <p>(3) 1Der betriebsangehörige Vertreter ist zu bestellen, wenn dieser persönlich und fachlich geeignet ist. 2Bei einem befristeten Arbeitsvertrag ist die Bestellung zum Ablauf des Arbeitsverhältnisses zu befristen. 3Soweit keine kürzere Frist bestimmt ist, endet die Bestellung spätestens mit dem Ende oder der Aufhebung der Bestellung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers. 4Bei Beendigung des Arbeitsvertrages vor Ablauf der Bestellungsfrist ist die Vertreterbestellung aufzuheben. 5Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat ein Ende des Arbeitsvertrages der Behörde unverzüglich anzuzeigen. 6Sofern der Betriebsangehörige über Arbeitsverträge mit mehreren bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern verfügt, kann entsprechend § 8 Absatz 1 die Bestellung als betriebsangehöriger Vertreter nur für einen erfolgen; maßgeblich ist der zuerst gestellte Antrag. 7Die Bestellung und eine etwaige Befristung sind öffentlich bekannt zu machen.</p> <p>(4) 1Bei einer Verhinderung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers ist § 11 anzuwenden. 2Der betriebsangehörige Vertreter wird im Namen und in Verantwortung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers tätig. 3Ein Fehlverhalten ist dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger im Sinne des § 21 Absatz 3 zuzurechnen. 4§ 10 Absatz 1, § 12 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 2 und 3 und § 18 Absatz 1 sind entspre-</p>	<p>1.eine eigenhändig unterschriebene Einverständniserklärung des Betriebsangehörigen zur Übernahme der Vertretung,</p> <p>2.Nachweise zur Qualifikation des Betriebsangehörigen und</p> <p>3.der Arbeitsvertrag des Betriebsangehörigen.</p> <p>2Die zuständige Behörde kann die Vorlage weiterer Unterlagen der vorgeschlagenen Person entsprechend § 9a Absatz 2 verlangen. 3§ 9a Absatz 2 Satz 1 Nummer 7 ist dabei mit der Maßgabe entsprechend anzuwenden, dass für die Bestimmung des Erklärungszeitraums auf den Zeitpunkt der Antragstellung abzustellen ist.</p> <p>(3) 1Der betriebsangehörige Vertreter ist zu bestellen, wenn dieser persönlich und fachlich geeignet ist. 2Bei einem befristeten Arbeitsvertrag ist die Bestellung zum Ablauf des Arbeitsverhältnisses zu befristen. 3Soweit keine kürzere Frist bestimmt ist, endet die Bestellung spätestens mit dem Ende oder der Aufhebung der Bestellung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers. 4Bei Beendigung des Arbeitsvertrages vor Ablauf der Bestellungsfrist ist die Vertreterbestellung aufzuheben. 5Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat ein Ende des Arbeitsvertrages der Behörde unverzüglich anzuzeigen. 6Sofern der Betriebsangehörige über Arbeitsverträge mit mehreren bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern verfügt, kann entsprechend § 8 Absatz 1 die Bestellung als betriebsangehöriger Vertreter nur für einen erfolgen; maßgeblich ist der zuerst gestellte Antrag. 7Die Bestellung und eine etwaige Befristung sind öffentlich bekannt zu machen.</p> <p>(4) 1Bei einer Verhinderung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers ist § 11 anzuwenden. 2Der betriebsangehörige Vertreter wird im Namen und in Verantwortung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers tätig. 3Ein Fehlver-</p>
---	--

<p>chend anzuwenden, wobei im Falle des § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 sowohl der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger als auch der Betriebsangehörige jeweils einzeln und unabhängig voneinander antragsberechtigt sind.</p>	<p>halten ist dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger im Sinne des § 21 Absatz 3 zuzurechnen. 4§ 10 Absatz 1, § 12 Absatz 1 Satz 1 und 2, Absatz 2 und 3 und § 18 Absatz 1 sind entsprechend anzuwenden, wobei im Falle des § 12 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 sowohl der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger als auch der Betriebsangehörige jeweils einzeln und unabhängig voneinander antragsberechtigt sind.</p>
<p>§ 13 Allgemeine Aufgaben</p> <p>Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger kontrollieren die Einhaltung der Pflichten der Eigentümer nach § 1 Abs. 1 und 2 und führen die <b>Kehrbücher</b> nach Maßgabe des <b>§ 19 Absatz 2</b>.</p>	<p>§ 13 Allgemeine Aufgaben</p> <p>Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger kontrollieren die Einhaltung der Pflichten der Eigentümer nach § 1 Abs. 1 und 2 und führen die <b>Wärmekataster</b> nach Maßgabe des <b>§ 19b Absatz 3</b>.</p>
<p>—</p>	<p><b>§ 14c Wärmeerzeugungssystemschau</b></p> <p>(1)1Jeder bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat zweimal während des Zeitraums seiner Bestellung sämtliche Wärmeerzeugungssysteme im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 in den Gebäuden seines Bezirks einer Wärmeerzeugungssystemschau zu unterziehen. 2Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger prüft die Betriebs- und Brandsicherheit der sonstigen Wärmeerzeugungssysteme sowie die Anforderungen der Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 und erhebt die Daten für das Wärmeerzeugungssystembuch vollständig und richtig (Wärmeerzeugungssystemschau). 3Eine Wärmeerzeugungssystemschau darf frühestens drei Jahre und soll spätestens fünf Jahre nach der letzten Wärmeerzeugungssystemschau durchgeführt werden.</p> <p>(2) 1Stellt der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger bei der Wärmeerzeugungssystemschau fest, dass ein Wärmeerzeugungssystem nicht betriebs- oder brandsicher ist, und ist Gefahr im Verzug, so trifft er die erforderlichen vorläufigen</p>

	<p>Sicherungsmaßnahmen. 2Als vorläufige Sicherungsmaßnahme ist auch die vorläufige Stilllegung eines Wärmeerzeugungssystems zulässig. 3Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger unterrichtet die zuständige Behörde unverzüglich über die getroffenen Sicherungsmaßnahmen. 4Diese hat die vorläufigen Sicherungsmaßnahmen als Sicherungsmaßnahmen zu verfügen oder diese aufzuheben.</p> <p>(3) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat dem Eigentümer die bei der Wärmeerzeugungssystemschau festgestellten Mängel schriftlich oder in elektronischer Form mitzuteilen. 2§ 5 Absatz 1 Satz 2 und 3 über den Nachweis der Mängelbehebung ist entsprechend anzuwenden.</p>
<p>§ 15 Anlassbezogene Überprüfungen</p> <p>1Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger haben die Befugnis zur Durchführung von Überprüfungen in ihrem jeweiligen Bezirk, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass</p> <p>1.die Betriebs- und Brandsicherheit einer Anlage [●] nicht gewährleistet ist oder</p> <p>2.unmittelbar von der Anlage [●] schädliche Umwelteinwirkungen ausgehen, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, oder nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen nicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden.</p> <p>2Die Überprüfung ist der zuständigen Behörde unter Angabe der Gründe und des Ergebnisses unverzüglich anzuzeigen. 3§ 14 Absatz 2 gilt entsprechend.</p>	<p>§ 15 Anlassbezogene Überprüfungen</p> <p>1Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger haben die Befugnis zur Durchführung von Überprüfungen in ihrem jeweiligen Bezirk, wenn Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass</p> <p>1.die Betriebs- und Brandsicherheit einer Anlage oder eines sonstigen Wärmeerzeugungssystems nicht gewährleistet ist oder</p> <p>2.unmittelbar von der Anlage oder vom sonstigen Wärmeerzeugungssystem schädliche Umwelteinwirkungen ausgehen, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind oder nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen nicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden.</p> <p>2Die Überprüfung ist der zuständigen Behörde unter Angabe der Gründe und des Ergebnisses unverzüglich anzuzeigen. 3§ 14 Absatz 2 gilt entsprechend.</p>
<p>§ 16 Weitere Aufgaben</p> <p>(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger stellt in seinem Bezirk Bescheinigungen über die</p>	<p>§ 16 Weitere Aufgaben</p> <p>(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger stellt in seinem Bezirk Bescheinigungen über die</p>

<p>Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von Feuerungsanlagen [●] aus, soweit solche Bescheinigungen durch Landesrecht vorgesehen sind.</p> <p>(2) Jeder bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger leistet auf Anforderung der für den örtlichen Brandschutz zuständigen Behörde Hilfe bei der Brandbekämpfung in seinem Bezirk.</p>	<p>Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von Feuerungsanlagen und Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit sowie die Einhaltung der Anforderungen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und -effizienz sonstiger Wärmeerzeugungssysteme aus, soweit solche Bescheinigungen durch Landesrecht vorgesehen sind.</p> <p>(2) Jeder bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger leistet auf Anforderung der für den örtlichen Brandschutz zuständigen Behörde Hilfe bei der Brandbekämpfung in seinem Bezirk.</p>
<p>§ 18 Berufspflichten des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers</p> <p>(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat seine Aufgaben unparteiisch zu erfüllen.</p> <p>(2) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger darf keine Bescheinigungen nach § 16 Absatz 1 für Anlagen in seinem Bezirk oder als Vertreter in einem anderen Bezirk ausstellen, die</p> <p>1.er oder seine Angehörigen oder Angehörige seines Betriebs verkauft, eingebaut oder anderen zur Nutzung überlassen haben oder</p> <p>2.eine Gesellschaft verkauft, eingebaut oder anderen zur Nutzung überlassen hat, an welcher der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger oder seine Angehörigen oder Angehörige seines Betriebs rechtlich oder wirtschaftlich beteiligt sind.</p> <p>2Angehörige des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers im Sinne des Satzes 1 sind die in § 20 Absatz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bezeichneten Angehörigen.</p> <p>(3) 1In den Fällen des Absatzes 2 hat sich der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger nach den</p>	<p>§ 18 Berufspflichten des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers</p> <p>(1) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat seine Aufgaben unparteiisch zu erfüllen.</p> <p>(2) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger darf keine Bescheinigungen nach § 16 Absatz 1 für Anlagen in seinem Bezirk oder als Vertreter in einem anderen Bezirk ausstellen, die</p> <p>1.er oder seine Angehörigen oder Angehörige seines Betriebs verkauft, eingebaut oder anderen zur Nutzung überlassen haben oder</p> <p>2.eine Gesellschaft verkauft, eingebaut oder anderen zur Nutzung überlassen hat, an welcher der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger oder seine Angehörigen oder Angehörige seines Betriebs rechtlich oder wirtschaftlich beteiligt sind.</p> <p>2Angehörige des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers im Sinne des Satzes 1 sind die in § 20 Absatz 5 des Verwaltungsverfahrensgesetzes bezeichneten Angehörigen.</p> <p>(3) 1In den Fällen des Absatzes 2 hat sich der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger nach den</p>

<p>Vorschriften über die Vertretung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers vertreten zu lassen. 2§ 11 ist entsprechend anzuwenden.</p> <p>(4) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat seine Vertretung durch einen Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau [●] nach § 11b, sofern bestellt, regelmäßig zu überwachen.</p>	<p>Vorschriften über die Vertretung des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers vertreten zu lassen. 2§ 11 ist entsprechend anzuwenden.</p> <p>(4) Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat seine Vertretung durch einen Betriebsangehörigen für die Feuerstättenschau <b>oder die Wärmeerzeugungssystemschau</b> nach § 11b, sofern bestellt, regelmäßig zu überwachen.</p>
<p>§ 19 Führung des Kehrbuchs</p> <p>(1) In das Kehrbuch sind die folgenden Daten [●] einzutragen:</p> <p>1. Vor- und Familienname sowie Anschrift</p> <p>a) des Eigentümers und, falls davon abweichend, des Besitzers oder</p> <p>b) des Verwalters im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes im Fall von Wohnungseigentum und, wenn die Anlage zum Sondereigentum gehört, des Wohnungseigentümers und, wenn davon abweichend, des Besitzers, oder</p> <p>c) der Wohnungseigentümer, wenn kein Verwalter bestellt ist, und, wenn abweichend, der Besitzer;</p> <p>2. Angaben zur Anlage hinsichtlich:</p> <p>a) Art, Brennstoff, Nennwärmeleistung, Alter sowie die Angabe, ob es sich um einen Niedertemperatur-Heizkessel oder Brennwertkessel im Sinne des Gebäudeenergiegesetzes handelt,</p> <p>b) Betrieb, Standort und Zuweisung zur Abgasanlage,</p> <p>c) Angaben der Eigentümer zu Ausnahmetatbeständen nach den §§ 71 bis 71m, 72 und 73 sowie 102 des Gebäudeenergiegesetzes, auch in Verbindung mit § 69 des</p>	<p>§ 19 Führung des Kehrbuchs</p> <p>In das Kehrbuch sind die folgenden Daten <b>zu Anlagen</b> einzutragen:</p> <p>1. Vor- und Familienname sowie Anschrift</p> <p>a) des Eigentümers und, falls davon abweichend, des Besitzers oder</p> <p>b) des Verwalters im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes im Fall von Wohnungseigentum und, wenn die Anlage zum Sondereigentum gehört, des Wohnungseigentümers und, wenn davon abweichend, des Besitzers, oder</p> <p>c) der Wohnungseigentümer, wenn kein Verwalter bestellt ist, und, wenn abweichend, der Besitzer;</p> <p>2. Angaben zur Anlage hinsichtlich:</p> <p>a) Art, Brennstoff, Nennwärmeleistung, Alter sowie die Angabe, ob es sich um einen Niedertemperatur-Heizkessel oder Brennwertkessel im Sinne des Gebäudeenergiegesetzes handelt,</p> <p>b) Betrieb, Standort und Zuweisung zur Abgasanlage,</p> <p>c) Angaben der Eigentümer zu Ausnahmetatbeständen nach den §§ 71 bis 71m, 72 und 73 sowie 102 des Gebäudeenergiegesetzes, auch in Verbindung mit § 69 des</p>

<p>Gebäudeenergiegesetzes, sowie Angaben darüber, dass entsprechende Nachweise vorgelegen haben, und</p> <p>d)im Falle von Einzelraumfeuerungsanlagen für feste Brennstoffe, die vor dem 22. März 2010 errichtet und in Betrieb genommen wurden, Angabe der Rechtsgrundlage für die Zulässigkeit des Weiterbetriebs nach § 26 der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen;</p> <p>3.die nach den Rechtsverordnungen nach § 1 Abs. 1 Satz 2 und 3 und die nach der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen vorgeschriebenen und nach § 14a festgesetzten Arbeiten und das Datum der Ausführung;</p> <p>4.das Datum und das Ergebnis der letzten beiden Feuerstättenschauen sowie der Name der durchführenden Person;</p> <p>5.in dem Formblatt nach § 4 vermerkte Mängel oder selbst festgestellte Mängel sowie Beanstandungen nach § 97 Absatz 1, 2 und 4 des Gebäudeenergiegesetzes und das Datum des Abstellens der Mängel oder der Beanstandungen;</p> <p>6.das Datum und das Ergebnis einer Bescheinigung nach § 16 Absatz 1 sowie Name und Stellung der feststellenden Person;</p> <p>7.der Anlass, das Datum und das Ergebnis einer Überprüfung nach § 15 Satz 1;</p> <p>8.die für die Aufstellung von Emissionskatastern im Sinne des § 46 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erforderlichen Angaben nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Immissionsschutzes.</p>	<p>Gebäudeenergiegesetzes, sowie Angaben darüber, dass entsprechende Nachweise vorgelegen haben, und</p> <p>d)im Falle von Einzelraumfeuerungsanlagen für feste Brennstoffe, die vor dem 22. März 2010 errichtet und in Betrieb genommen wurden, Angabe der Rechtsgrundlage für die Zulässigkeit des Weiterbetriebs nach § 26 der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen;</p> <p>3.die nach den Rechtsverordnungen nach § 1 Abs. 1 Satz 2 und 3 und die nach der Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen vorgeschriebenen und nach § 14a festgesetzten Arbeiten und das Datum der Ausführung;</p> <p>4.das Datum und das Ergebnis der letzten beiden Feuerstättenschauen sowie der Name der durchführenden Person;</p> <p>5.in dem Formblatt nach § 4 vermerkte Mängel oder selbst festgestellte Mängel sowie Beanstandungen nach § 97 Absatz 1, 2 und 4 des Gebäudeenergiegesetzes und das Datum des Abstellens der Mängel oder der Beanstandungen;</p> <p>6.das Datum und das Ergebnis einer Bescheinigung nach § 16 Absatz 1 sowie Name und Stellung der feststellenden Person;</p> <p>7.der Anlass, das Datum und das Ergebnis einer Überprüfung nach § 15 Satz 1;</p> <p>8.die für die Aufstellung von Emissionskatastern im Sinne des § 46 des Bundes-Immissionsschutzgesetzes erforderlichen Angaben nach Maßgabe der öffentlich-rechtlichen Vorschriften auf dem Gebiet des Immissionsschutzes.</p>
--	--



<p>2Soweit die in Satz 1 genannten Daten den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern nicht ohnehin auf Grund ihrer Tätigkeit bekannt sind, entnehmen sie die Daten den ausgefüllten Formblättern nach § 4.</p> <p>(2) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat die Eintragungen im elektronisch zu führenden Kherbuch vollständig und chronologisch geordnet vorzunehmen sowie vorhandene Eintragungen regelmäßig, mindestens aber vierteljährlich, auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. 2Als unvollständig oder unrichtig erkannte Eintragungen sind unverzüglich zu ergänzen oder zu aktualisieren. 3In den Fällen des Satzes 2 darf eine Eintragung nicht in einer Art und Weise verändert werden, dass die ursprüngliche Eintragung nicht mehr feststellbar ist. 4Das Kherbuch muss jährlich abgeschlossen werden.</p> <p>(3) 1Bei der Übergabe des Bezirks ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger verpflichtet, dem Nachfolger kostenfrei</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>1.die Kherbücher der letzten sieben Jahre und die jeweils letzten zwei Feuerstättenbescheide zu übergeben,</li> <li>2.die Unterlagen, die für die Führung des Kherbuchs erforderlich sind, insbesondere Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von Feuerungsanlagen, Formblätter, Mängelmeldungen und Bescheinigungen, zu übergeben und</li> <li>3.elektronisch gespeicherte Kherbücher und andere auf seine Tätigkeit als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger bezogene Daten maschinell verwertbar und lesbar zu übermitteln.</li> </ul> <p>2Der Nachfolger hat die übergebenen Kherbücher und Unterlagen stichprobenartig auf Vollständigkeit des Datensatzes sowie elektronisch</p>	<p>2Soweit die in Satz 1 genannten Daten den bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegern nicht ohnehin auf Grund ihrer Tätigkeit bekannt sind, entnehmen sie die Daten den ausgefüllten Formblättern nach § 4.</p>
--	--

Gespeichertes auf maschinelle Auslesbarkeit zu prüfen. 3Er hat dem übergebenden bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger binnen sechs Wochen schriftlich oder elektronisch die ordnungsgemäße Übergabe zu bestätigen oder die Übergabe zu beanstanden. 4Im Fall einer Beanstandung hat der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger binnen drei Wochen die Übergabe nachzubessern. 5Satz 2 ist sodann mit einer Frist von drei Wochen entsprechend anzuwenden. 6Ist auch die Nachbesserung ungenügend oder erfolgt innerhalb der Prüffrist keine Rückmeldung durch den Nachfolger, ist die Aufsichtsbehörde zu benachrichtigen und der jeweils Säumige hierüber zu unterrichten. 7Unverzüglich nach dem Erhalt der Bestätigung über die ordnungsgemäße Übergabe durch den Nachfolger oder die Aufsichtsbehörde hat der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger alle durch die hoheitliche Tätigkeit erlangten Daten zu löschen, es sei denn, dass andere Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorschreiben. 8Wenn der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger seinen Pflichten nach den Sätzen 1 und 4 nicht nachkommt und der Nachfolger die Daten des Kkehrbuchs erheben muss, hat der bisherige bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die Kosten für die Erhebung zu tragen.

(4) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat ein Kkehrbuch sowie die für die Führung des Kkehrbuchs erforderlichen Unterlagen einschließlich der eingereichten Formblätter bis zum Ablauf von sieben Jahren ab der letzten Eintragung aufzubewahren, sofern nicht andere Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorschreiben. 2Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten zu löschen und die Unterlagen zu vernichten. 3Die Frist nach Satz 1 beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Eintragung vorgenommen wurde.

<p>(5) 1Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger verarbeiten die Daten nach Absatz 1, soweit das zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. 2Personenbezogene Daten aus dem Kehrbuch werden an die zuständige Behörde übermittelt, wenn und soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben dieser Behörde nach diesem Gesetz erforderlich ist; im Übrigen werden Daten an öffentliche Stellen übermittelt, soweit das Landesrecht dies zulässt. 3An nicht öffentliche Stellen dürfen die Daten nur übermittelt werden, soweit</p> <p>1.die Übermittlung nach dem Landesrecht zulässig ist und</p> <p>2.der Dritte, an den die Daten übermittelt werden, ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der Daten und der Betroffene kein schutzwürdiges Interesse an dem Unterbleiben der Übermittlung hat.</p> <p>4Die Verordnung (EU) 2016/679 bleibt unberührt.</p>	
<p>19a Mitteilungspflichten von Verwaltern und Wohnungseigentümern</p> <p>1Ein Verwalter im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes hat dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger auf Anforderung unverzüglich Namen und Anschrift des Besitzers im Sinne des § 19 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b mitzuteilen. 2Der Wohnungseigentümer hat dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger Namen und Anschrift des Besitzers im Sinne des § 19 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c auf Anforderung unverzüglich mitzuteilen.</p>	<p>§ 19a Führung des Wärmeerzeugungssystembuchs</p> <p>In das Wärmeerzeugungssystembuch sind folgende Daten einzutragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Informationen gemäß § 19 Absatz 1 Satz 1 Nr. 1;</li> <li>2. Art des sonstigen Wärmeerzeugungssystems, Energieträger, Nennwärmeleistung und Alter des Wärmeerzeugungssystems sowie Angaben über ihren Betrieb und Standort,</li> <li>3. das Datum und das Ergebnis der letzten beiden Wärmeerzeugungssystemschauen sowie der Name der durchführenden Person;</li> <li>4. festgestellte Mängel und das Datum des Abstellens der Mängel;</li> </ol>

	<p>5. das Datum und das Ergebnis einer Bescheinigung gemäß § 16 Absatz 1 sowie Name und Stellung der feststellenden Person;</p> <p>6. der Anlass, das Datum und das Ergebnis einer Überprüfung nach § 15 Satz 1.</p>
–	<p>§ 19b Wärmekataster</p> <p>(1) Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger führen die Wärmekataster.</p> <p>(2) Das Wärmekataster besteht aus dem Kkehrbuch und dem Wärmezeugungssystembuch. Im Kkehrbuch werden Daten im Zusammenhang mit Anlagen im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 geführt. Im Wärmezeugungssystembuch werden Daten im Zusammenhang mit sonstigen Wärmezeugungssystemen im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 2 Nummer 4 geführt.</p> <p>(3) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat die Eintragungen im elektronisch zu führenden Wärmekataster vollständig und chronologisch geordnet vorzunehmen sowie vorhandene Eintragungen regelmäßig, mindestens aber vierteljährlich, auf ihre Vollständigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. 2Als unvollständig oder unrichtig erkannte Eintragungen sind unverzüglich zu ergänzen oder zu aktualisieren. 3In den Fällen des Satzes 2 darf eine Eintragung nicht in einer Art und Weise verändert werden, dass die ursprüngliche Eintragung nicht mehr feststellbar ist. 4Das Wärmekataster muss jährlich abgeschlossen werden.</p> <p>(4) 1Bei der Übergabe des Bezirks ist der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger verpflichtet, dem Nachfolger kostenfrei</p> <p>1. die Wärmekataster der letzten sieben Jahre und die jeweils letzten zwei Feuerstättenbescheide zu übergeben,</p>

	<p>2.die Unterlagen, die für die Führung des Wärmekatasters erforderlich sind, insbesondere Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit von Feuerungsanlagen, Bescheinigungen über die Tauglichkeit und sichere Benutzbarkeit sowie über die Einhaltung der Anforderungen des Umweltschutzes, der Energieeinsparung und -effizienz von sonstigen Wärmeerzeugungssystemen, Formblätter, Mängelmeldungen und Bescheinigungen, zu übergeben und</p> <p>3.elektronisch gespeicherte Wärmekataster und andere auf seine Tätigkeit als bevollmächtigter Bezirksschornsteinfeger bezogene Daten maschinell verwertbar und lesbar zu übermitteln.</p> <p>2Der Nachfolger hat die übergebenen Wärmekataster und Unterlagen stichprobenartig auf Vollständigkeit des Datensatzes sowie elektronisch Gespeichertes auf maschinelle Auslesbarkeit zu prüfen. 3Er hat dem übergebenden bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger binnen sechs Wochen schriftlich oder elektronisch die ordnungsgemäße Übergabe zu bestätigen oder die Übergabe zu beanstanden. 4Im Fall einer Beanstandung hat der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger binnen drei Wochen die Übergabe nachzubessern. 5Satz 2 ist sodann mit einer Frist von drei Wochen entsprechend anzuwenden. 6Ist auch die Nachbesserung ungenügend oder erfolgt innerhalb der Prüffrist keine Rückmeldung durch den Nachfolger, ist die Aufsichtsbehörde zu benachrichtigen und der jeweils Säumige hierüber zu unterrichten. 7Unverzüglich nach dem Erhalt der Bestätigung über die ordnungsgemäße Übergabe durch den Nachfolger oder die Aufsichtsbehörde hat der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger alle durch die hoheitliche Tätigkeit erlangten Daten zu löschen, es sei denn, dass andere Rechtsvor-</p>
--	--

	<p>schriften eine längere Aufbewahrung vorschreiben. 8Wenn der übergebende bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger seinen Pflichten nach den Sätzen 1 und 4 nicht nachkommt und der Nachfolger die Daten des Wärmekatasters erheben muss, hat der bisherige bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die Kosten für die Erhebung zu tragen.</p> <p>(5) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat ein Wärmekataster sowie die für die Führung des Wärmekatasters erforderlichen Unterlagen einschließlich der eingereichten Formblätter bis zum Ablauf von sieben Jahren ab der letzten Eintragung aufzubewahren, sofern nicht andere Rechtsvorschriften eine längere Aufbewahrung vorschreiben. 2Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist sind die Daten zu löschen und die Unterlagen zu vernichten. 3Die Frist nach Satz 1 beginnt mit dem Ende des Kalenderjahres, in dem die letzte Eintragung vorgenommen wurde.</p> <p>(6) 1Bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger verarbeiten die Daten nach den §§ 19 und 19a, soweit das zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz erforderlich ist. 2Personenbezogene Daten aus dem Wärmekataster werden an die zuständige Behörde übermittelt, wenn und soweit dies zur Erfüllung der Aufgaben dieser Behörde nach diesem Gesetz erforderlich ist; im Übrigen werden Daten an öffentliche Stellen übermittelt, soweit das Landesrecht dies zulässt. 3An nicht öffentliche Stellen dürfen die Daten nur übermittelt werden, soweit</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Übermittlung nach dem Landesrecht zulässig ist und</li> <li>2. der Dritte, an den die Daten übermittelt werden, ein rechtliches Interesse an der Kenntnis der Daten und der Betroffene kein schutzwürdiges Interesse an dem Unterbleiben der Übermittlung hat.</li> </ol>
--	---

	4Die Verordnung (EU) 2016/679 bleibt unberührt.
–	<p>19c Mitteilungspflichten von Verwaltern und Wohnungseigentümern</p> <p>1Ein Verwalter im Sinne des Wohnungseigentumsgesetzes hat dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger auf Anforderung unverzüglich Namen und Anschrift des Besitzers im Sinne des § 19 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe b mitzuteilen. 2Der Wohnungseigentümer hat dem bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger Namen und Anschrift des Besitzers im Sinne des § 19 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe c auf Anforderung unverzüglich mitzuteilen.</p>
<p>§ 20 Kosten</p> <p>(1) 1Der Eigentümer hat für Tätigkeiten des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers nach § 14 Absatz 1 bis 3, § 14a, [●] § 15 Satz 1, § 16 und § 26 Gebühren zu entrichten. 2Satz 1 ist für die Mahnung rückständiger Gebühren entsprechend anzuwenden.</p> <p>(2) 1Die Gebühren sind eine öffentliche Last des Grundstücks und sind von den Grundstückseigentümern, im Fall von Wohnungseigentum von der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer oder, falls die Anlage zum Sondereigentum gehört, von dem Wohnungseigentümer zu tragen. 2Der Anspruch auf Zahlung von Gebühren verjährt in drei Jahren. 3Privatrechtliche Verhältnisse werden dadurch nicht berührt. 4Mehrere Eigentümer eines Grundstücks haften für die Kosten als Gesamtschuldner.</p> <p>(3) 1Rückständige Gebühren und Auslagen, die trotz Mahnung nicht entrichtet worden sind, werden von der zuständigen Behörde auf Antrag der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger durch Bescheid festgestellt und nach den Vorschriften</p>	<p>§ 20 Kosten</p> <p>(1) 1Der Eigentümer hat für Tätigkeiten des bevollmächtigten Bezirksschornsteinfegers nach § 14 Absatz 1 bis 3, § 14a, § 14c, § 15 Satz 1, § 16 und § 26 Gebühren zu entrichten. 2Satz 1 ist für die Mahnung rückständiger Gebühren entsprechend anzuwenden.</p> <p>(2) 1Die Gebühren sind eine öffentliche Last des Grundstücks und sind von den Grundstückseigentümern, im Fall von Wohnungseigentum von der Gemeinschaft der Wohnungseigentümer oder, falls die Anlage zum Sondereigentum gehört, von dem Wohnungseigentümer zu tragen. 2Der Anspruch auf Zahlung von Gebühren verjährt in drei Jahren. 3Privatrechtliche Verhältnisse werden dadurch nicht berührt. 4Mehrere Eigentümer eines Grundstücks haften für die Kosten als Gesamtschuldner.</p> <p>(3) 1Rückständige Gebühren und Auslagen, die trotz Mahnung nicht entrichtet worden sind, werden von der zuständigen Behörde auf Antrag der bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger durch Bescheid festgestellt und nach den Vorschriften</p>

<p>der Verwaltungsvollstreckung begetrieben. 2So weit die Kosten der Zwangsvollstreckung aus den eingegangenen Geldern nicht gedeckt werden, sind sie von derjenigen Person zu tragen, für deren Rechnung die Zwangsvollstreckung betrieben wurde.</p> <p>(4) 1Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die gebührenpflichtigen Tatbestände näher zu bestimmen und dabei feste Sätze, auch in Form von Gebühren nach Zeitaufwand, oder Rahmensätze vorzusehen. 2Die Gebühren sollen die mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung verbundenen Kosten decken. 3In die Gebühren sind die mit der Leistung regelmäßig verbundenen Auslagen einzubeziehen. 4Zur Ermittlung der Gebühr sind die Kosten zu Grunde zu legen, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als Einzel- und Gemeinkosten zurechenbar und ansatzfähig sind, insbesondere Personal- und Sachkosten sowie kalkulatorische Kosten. 5Zu den Gemeinkosten zählen auch die Kosten der Rechts- und Fachaufsicht. 6Grundlage der Gebührenermittlung nach den Sätzen 1 bis 4 sind die in der Gesamtheit der Länder mit der jeweiligen Leistung verbundenen Kosten. 7§ 9 Absatz 3 des Bundesgebührengesetzes ist entsprechend anzuwenden.</p>	<p>der Verwaltungsvollstreckung begetrieben. 2So weit die Kosten der Zwangsvollstreckung aus den eingegangenen Geldern nicht gedeckt werden, sind sie von derjenigen Person zu tragen, für deren Rechnung die Zwangsvollstreckung betrieben wurde.</p> <p>(4) 1Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates die gebührenpflichtigen Tatbestände näher zu bestimmen und dabei feste Sätze, auch in Form von Gebühren nach Zeitaufwand, oder Rahmensätze vorzusehen. 2Die Gebühren sollen die mit der individuell zurechenbaren öffentlichen Leistung verbundenen Kosten decken. 3In die Gebühren sind die mit der Leistung regelmäßig verbundenen Auslagen einzubeziehen. 4Zur Ermittlung der Gebühr sind die Kosten zu Grunde zu legen, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als Einzel- und Gemeinkosten zurechenbar und ansatzfähig sind, insbesondere Personal- und Sachkosten sowie kalkulatorische Kosten. 5Zu den Gemeinkosten zählen auch die Kosten der Rechts- und Fachaufsicht. 6Grundlage der Gebührenermittlung nach den Sätzen 1 bis 4 sind die in der Gesamtheit der Länder mit der jeweiligen Leistung verbundenen Kosten. 7§ 9 Absatz 3 des Bundesgebührengesetzes ist entsprechend anzuwenden.</p>
<p>§ 21 Aufsicht</p> <p>(1) 1Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger unterstehen der Aufsicht der zuständigen Behörde. 2Die zuständige Behörde kann die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse und der Einhaltung ihrer Pflichten jederzeit überprüfen. 3Wenn bei der Überprüfung wesentliche Pflichtverletzungen</p>	<p>§ 21 Aufsicht</p> <p>(1) 1Die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger unterstehen der Aufsicht der zuständigen Behörde. 2Die zuständige Behörde kann die bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger hinsichtlich der Wahrnehmung der ihnen übertragenen Aufgaben und Befugnisse und der Einhaltung ihrer Pflichten jederzeit überprüfen. 3Wenn bei der Überprüfung wesentliche Pflichtverletzungen</p>



<p>festgestellt werden, tragen die jeweiligen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger die Kosten der Überprüfung.</p> <p>(2) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat der zuständigen Behörde auf deren Anforderung <b>das Kehrbuch</b> und die für die Führung des <b>Kehrbuchs</b> erforderlichen Unterlagen kostenfrei zur Überprüfung vorzulegen. 2Er hat diese Dokumente nach Wahl der zuständigen Behörde in elektronischer Form sowie maschinell verwertbar und lesbar zu übermitteln oder Abschriften vorzulegen, soweit die vorzulegenden Dokumente in elektronischer Form geführt werden. 3Die vom bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger an die zuständige Behörde nach Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 vorgelegten oder übermittelten Daten sind nur zum Zweck der Aufsicht von der zuständigen Behörde zu nutzen.</p> <p>(3) Wenn bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben und Pflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen, kann die zuständige Behörde als Aufsichtsmaßnahme insbesondere einen Verweis aussprechen oder ein Warnungsgeld von bis zu zwanzigtausend Euro verhängen.</p>	<p>festgestellt werden, tragen die jeweiligen bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger die Kosten der Überprüfung.</p> <p>(2) 1Der bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger hat der zuständigen Behörde auf deren Anforderung das <b>Wärmekataster</b> und die für die Führung des <b>Wärmekatasters</b> erforderlichen Unterlagen kostenfrei zur Überprüfung vorzulegen. 2Er hat diese Dokumente nach Wahl der zuständigen Behörde in elektronischer Form sowie maschinell verwertbar und lesbar zu übermitteln oder Abschriften vorzulegen, soweit die vorzulegenden Dokumente in elektronischer Form geführt werden. 3Die vom bevollmächtigten Bezirksschornsteinfeger an die zuständige Behörde nach Satz 1 in Verbindung mit Satz 2 vorgelegten oder übermittelten Daten sind nur zum Zweck der Aufsicht von der zuständigen Behörde zu nutzen.</p> <p>(3) Wenn bevollmächtigte Bezirksschornsteinfeger die ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Aufgaben und Pflichten nicht oder nicht ordnungsgemäß erfüllen, kann die zuständige Behörde als Aufsichtsmaßnahme insbesondere einen Verweis aussprechen oder ein Warnungsgeld von bis zu zwanzigtausend Euro verhängen.</p>
<p>§ 24 Bußgeldvorschriften</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>1.entgegen § 1 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit der Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 3, eine Reinigung, eine Überprüfung oder eine Schornsteinfegerarbeit nicht oder nicht rechtzeitig veranlasst,</p> <p>2.entgegen § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 <b>[●]</b> oder Satz 2 oder <b>§ 19a</b> eine Mitteilung nicht,</p>	<p>§ 24 Bußgeldvorschriften</p> <p>(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig</p> <p>1.entgegen § 1 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit der Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 2, jeweils auch in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 1 Absatz 1 Satz 3, eine Reinigung, eine Überprüfung oder eine Schornsteinfegerarbeit nicht oder nicht rechtzeitig veranlasst,</p> <p>2.entgegen § 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 oder <b>§ 1 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 Variante 1</b> oder Satz 2 oder <b>§ 19c</b> eine Mitteilung nicht,</p>

<p>nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,</p> <p>3.entgegen § 1 <b>Abs.</b> 3 Satz 1 oder 2 Zutritt nicht gestattet,</p> <p>3a.entgegen § 2 Absatz 2 Nummer 2 ein Gerät verwendet,</p> <p>4.entgegen § 4 Absatz 2 Satz 1 das Formblatt oder eine Bescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig absendet,</p> <p>5.entgegen § 4 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 4 Satz 1 das Formblatt oder eine Bescheinigung nicht richtig oder nicht vollständig ausfüllt,</p> <p>6.entgegen § 5 <b>Abs.</b> 2 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,</p> <p>7. entgegen § 13 das <b>Kehrbuch</b> nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise führt,</p> <p>8.entgegen § 19 Absatz <b>3 Satz 1</b> ein <b>Kehrbuch</b>, einen Feuerstättenbescheid oder eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übergibt oder ein elektronisches <b>Kehrbuch</b> oder dort genannte Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt oder</p> <p>9.entgegen § 19 Absatz <b>3</b> Satz 2 dort genannte Daten nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig löscht.</p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 8 und 9 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.</p>	<p>nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht,</p> <p>3.entgegen § 1 <b>Absatz</b> 3 Satz 1 oder 2 Zutritt nicht gestattet,</p> <p>3a.entgegen § 2 Absatz 2 Nummer 2 ein Gerät verwendet,</p> <p>4.entgegen § 4 Absatz 2 Satz 1 das Formblatt oder eine Bescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig absendet,</p> <p>5.entgegen § 4 Absatz 3 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach Absatz 4 Satz 1 das Formblatt oder eine Bescheinigung nicht richtig oder nicht vollständig ausfüllt,</p> <p>6.entgegen § 5 <b>Absatz</b> 2 eine Meldung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet,</p> <p>7. entgegen § 13 das <b>Wärmekataster</b> nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht in der vorgeschriebenen Weise führt,</p> <p>8.entgegen § 19b Absatz <b>4</b> Satz 1 ein <b>Wärmekataster</b>, einen Feuerstättenbescheid oder eine Unterlage nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übergibt oder ein elektronisches <b>Wärmekataster</b> oder dort genannte Daten nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt oder</p> <p>9.entgegen § 19b Absatz <b>4</b> Satz 2 dort genannte Daten nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig löscht.</p> <p>(2) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 8 und 9 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro, in den übrigen Fällen mit einer Geldbuße bis zu fünftausend Euro geahndet werden.</p>
--	---

Änderung des Wärmeplanungsgesetzes	
Anlage 1	Anlage 1
<p>Daten und Informationen für die Bestandsanalyse</p> <p>Die planungsverantwortliche Stelle ist berechtigt, unter Beachtung der Bestimmungen von Teil 2 Abschnitt 3 für die Bestandsanalyse nach § 15 die folgenden Daten zu erheben:</p> <p>1.nach Maßgabe von § 10 Absatz 2 bei bestehender leitungsgebundener Gasversorgung die bei Mehrfamilienhäusern adressbezogenen, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert für mindestens fünf Hausnummern und bei bestehender leitungsgebundener Wärmeversorgung die auf die Übergabestation bezogenen gemittelten jährlichen Gas- oder Wärmeverbräuche der letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr,</p> <p>2.bei Mehrfamilienhäusern adressbezogene, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert für mindestens drei Hausnummern Informationen und Daten zu dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen mit Verbrennungstechnik</p> <p>a) zur Art des Wärmeerzeugers, zum Beispiel zentraler Brennwertkessel, Etagenheizung, Therme,</p> <p>b) zum eingesetzten Energieträger,</p> <p>c) zur thermischen Leistung des Wärmeerzeugers in Kilowatt,</p> <p>●</p> <p>3.Informationen und Daten zum Gebäude, bei Mehrfamilienhäusern adressbezogenen, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert,</p> <p>a) zur Lage,</p> <p>b) zur Nutzung,</p>	<p>Anlage 1 (zu § 15)</p> <p>Daten und Informationen für die Bestandsanalyse</p> <p>Die planungsverantwortliche Stelle ist berechtigt, unter Beachtung der Bestimmungen von Teil 2 Abschnitt 3 für die Bestandsanalyse nach § 15 die folgenden Daten zu erheben:</p> <p>1.nach Maßgabe von § 10 Absatz 2 bei bestehender leitungsgebundener Gasversorgung die bei Mehrfamilienhäusern adressbezogenen, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert für mindestens fünf Hausnummern und bei bestehender leitungsgebundener Wärmeversorgung die auf die Übergabestation bezogenen gemittelten jährlichen Gas- oder Wärmeverbräuche der letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr,</p> <p>2.bei Mehrfamilienhäusern adressbezogene, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert für mindestens drei Hausnummern Informationen und Daten zu dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen mit Verbrennungstechnik</p> <p>a) zur Art des Wärmeerzeugers, zum Beispiel zentraler Brennwertkessel, Etagenheizung, Therme,</p> <p>b) zum eingesetzten Energieträger,</p> <p>c) zur thermischen Leistung des Wärmeerzeugers in Kilowatt,</p> <p>2a. bei Mehrfamilienhäusern adressbezogene, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert für mindestens drei Hausnummern Informationen und Daten zu dezentralen Wärmeerzeugungsanlagen ohne Verbrennungstechnik</p>

<p>c) zur Nutzfläche sowie</p> <p>d) zum Baujahr,</p> <p>4.im Falle von industriellen, gewerblichen oder sonstigen Unternehmen, die Wärme in ihren Prozessen einsetzen, oder unvermeidbare Abwärme erzeugen, liegenschaftsbezogene Informationen und Daten</p> <p>a) zum jährlichen Prozesswärmeverbrauch der letzten drei Jahre in Gigawattstunden pro Jahr, der nicht über die Daten nach Nummer 1 erhoben werden kann, jedenfalls mit Angabe zur Größenordnung in den Bandbreiten von 0,1 Gigawattstunden bis einschließlich 2,5 Gigawattstunden, mit einer Bandbreite von 0,5 Gigawattstunden von 2,5 bis 7,5 Gigawattstunden sowie mit einer Bandbreite von 2 Gigawattstunden über 7,5 Gigawattstunden,</p> <p>b) zu den eingesetzten Energieträgern,</p> <p>c) zu unvermeidbaren Abwärmemengen nach Maßgabe von § 17 Absatz 1 bis 4 des Energieeffizienzgesetzes,</p> <p>d) zur geplanten Transformation der Prozesswärmeversorgung und zu den hierzu vorgesehenen Maßnahmen,</p> <p>5.Informationen zu bereits bestehenden, konkret geplanten oder bereits genehmigten</p> <p>a) Wärmenetzen</p> <p>aa) zur Lage, die straßenbezogen zu benennen ist,</p> <p>bb) zur Art, dabei ist zu unterscheiden nach Wasser oder Dampf,</p> <p>cc) zum Jahr der Inbetriebnahme,</p>	<p>a) zur Art des Wärmeerzeugers, zum Beispiel Wärmepumpe oder Stromdirektheizung,</p> <p>b) zum eingesetzten Energieträger,</p> <p>c) zur thermischen Leistung des Wärmeerzeugers in Kilowatt,</p> <p>3.Informationen und Daten zum Gebäude, bei Mehrfamilienhäusern adressbezogenen, bei Einfamilienhäusern nur aggregiert,</p> <p>a) zur Lage,</p> <p>b) zur Nutzung,</p> <p>c) zur Nutzfläche sowie</p> <p>d) zum Baujahr,</p> <p>4.im Falle von industriellen, gewerblichen oder sonstigen Unternehmen, die Wärme in ihren Prozessen einsetzen, oder unvermeidbare Abwärme erzeugen, liegenschaftsbezogene Informationen und Daten</p> <p>a) zum jährlichen Prozesswärmeverbrauch der letzten drei Jahre in Gigawattstunden pro Jahr, der nicht über die Daten nach Nummer 1 erhoben werden kann, jedenfalls mit Angabe zur Größenordnung in den Bandbreiten von 0,1 Gigawattstunden bis einschließlich 2,5 Gigawattstunden, mit einer Bandbreite von 0,5 Gigawattstunden von 2,5 bis 7,5 Gigawattstunden sowie mit einer Bandbreite von 2 Gigawattstunden über 7,5 Gigawattstunden,</p> <p>b) zu den eingesetzten Energieträgern,</p> <p>c) zu unvermeidbaren Abwärmemengen nach Maßgabe von § 17 Absatz 1 bis 4 des Energieeffizienzgesetzes,</p>
---	--

<p>dd) zur gesamten Wärmenachfrage in Kilowattstunden, sowohl jährlich als auch im Jahresgang,</p> <p>ee) zur gesamten Anschlussleistung in Kilowatt,</p> <p>ff) zur Auslastung bei Spitzenlast in Prozent,</p> <p>gg) zu Vor- und Rücklauftemperaturen in Grad Celsius, gemessen am Wärmeerzeuger,</p> <p>hh) zur gesamten Trassenlänge in Kilometern,</p> <p>ii) zur Gesamtanzahl der Anschlüsse,</p> <p>jj) zur Höhe der Wärmeverteilverluste,</p> <p>b) Wärmeerzeugern</p> <p>aa) zur Lage,</p> <p>bb) zur Art,</p> <p>cc) zu Energieträgern, ihrer Art und der eingesetzten Menge,</p> <p>dd) zu thermischer Leistung in Kilowatt,</p> <p>ee) zu eingespeister Wärmemenge der letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr,</p> <p>ff) zu vorliegenden Transformationsplänen nach der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze,</p> <p>6.Informationen zu bereits bestehenden, konkret geplanten oder bereits genehmigten Gasnetzen, insbesondere</p> <p>a) zur Lage, die straßenbezogen zu benennen ist,</p>	<p>d) zur geplanten Transformation der Prozesswärmeversorgung und zu den hierzu vorgesehenen Maßnahmen,</p> <p>5.Informationen zu bereits bestehenden, konkret geplanten oder bereits genehmigten</p> <p>a) Wärmenetzen</p> <p>aa) zur Lage, die straßenbezogen zu benennen ist,</p> <p>bb) zur Art, dabei ist zu unterscheiden nach Wasser oder Dampf,</p> <p>cc) zum Jahr der Inbetriebnahme,</p> <p>dd) zur gesamten Wärmenachfrage in Kilowattstunden, sowohl jährlich als auch im Jahresgang,</p> <p>ee) zur gesamten Anschlussleistung in Kilowatt,</p> <p>ff) zur Auslastung bei Spitzenlast in Prozent,</p> <p>gg) zu Vor- und Rücklauftemperaturen in Grad Celsius, gemessen am Wärmeerzeuger,</p> <p>hh) zur gesamten Trassenlänge in Kilometern,</p> <p>ii) zur Gesamtanzahl der Anschlüsse,</p> <p>jj) zur Höhe der Wärmeverteilverluste,</p> <p>b) Wärmeerzeugern</p> <p>aa) zur Lage,</p> <p>bb) zur Art,</p> <p>cc) zu Energieträgern, ihrer Art und der eingesetzten Menge,</p>
---	---

<p>b) zur Art, das heißt Methan oder Wasserstoff,</p> <p>c) zum Jahr der Inbetriebnahme, das straßenbezogen zu erfassen ist, soweit bisher dokumentiert,</p> <p>d) zur gesamten Gasnachfrage nach Druckebene in Kilowattstunden, sowohl jährlich als auch im Jahresgang,</p> <p>e) zur gesamten Anschlussleistung nach Druckebene in Kilowatt,</p> <p>f) zur Auslastung bei Spitzenlast in Prozent, bezogen auf das Versorgungsgebiet,</p> <p>g) zur gesamten Trassenlänge nach Druckebenen in Kilometern und</p> <p>h) zur Gesamtanzahl der Anschlüsse nach Druckebenen;</p> <p>7.Informationen und Daten zu bereits bestehenden, konkret geplanten oder bereits genehmigten Stromnetzen auf Hoch- und Mittelspannungsebene einschließlich der Umspannstationen auf Mittelspannung und Niederspannung, insbesondere</p> <p>a) zur Lage,</p> <p>b) zur Höhe der freien Netzanschlusskapazität sowie</p> <p>c) im Falle geplanter oder bereits genehmigter Vorhaben zum voraussichtlichen Zeitpunkt der Inbetriebnahme,</p> <p>8.Informationen zu geplanten Optimierungs-, Verstärkungs-, Erneuerungs- und Ausbaumaßnahmen im Niederspannungsnetz,</p>	<p>dd) zu thermischer Leistung in Kilowatt,</p> <p>ee) zu eingespeister Wärmemenge der letzten drei Jahre in Kilowattstunden pro Jahr,</p> <p>ff) zu vorliegenden Transformationsplänen nach der Bundesförderung für effiziente Wärmenetze,</p> <p>6.Informationen zu bereits bestehenden, konkret geplanten oder bereits genehmigten Gasnetzen, insbesondere</p> <p>a) zur Lage, die straßenbezogen zu benennen ist,</p> <p>b) zur Art, das heißt Methan oder Wasserstoff,</p> <p>c) zum Jahr der Inbetriebnahme, das straßenbezogen zu erfassen ist, soweit bisher dokumentiert,</p> <p>d) zur gesamten Gasnachfrage nach Druckebene in Kilowattstunden, sowohl jährlich als auch im Jahresgang,</p> <p>e) zur gesamten Anschlussleistung nach Druckebene in Kilowatt,</p> <p>f) zur Auslastung bei Spitzenlast in Prozent, bezogen auf das Versorgungsgebiet,</p> <p>g) zur gesamten Trassenlänge nach Druckebenen in Kilometern und</p> <p>h) zur Gesamtanzahl der Anschlüsse nach Druckebenen;</p> <p>7.Informationen und Daten zu bereits bestehenden, konkret geplanten oder bereits genehmigten Stromnetzen auf Hoch- und Mit-</p>
---	--

<p>9.Informationen zu Kläranlagen, die für die Abwasserwärmenutzung relevant sind, mindestens die Kapazität in Einwohnergleichwerten,</p> <p>10.Informationen zu Abwassernetzen mit einer Mindestnennweite von DN 800,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) zur Lage, die straßenbezogen zu benennen ist,</li> <li>b) zur Nennweite in Metern, die straßenbezogen anzugeben ist,</li> <li>c) zum Jahr der Inbetriebnahme, das straßenbezogen zu erfassen ist, und</li> <li>d) zum Trockenwetterabfluss,</li> </ul> <p>11.Informationen zu Bauleitplänen, die bereits wirksam sind oder die aufgestellt werden, anderen städtebaulichen Planungen und Konzepten sowie zu Planungen anderer öffentlicher Planungsträger, die Auswirkungen auf die Wärmeplanung haben können.</p>	<p>telspannungsebene einschließlich der Umspannstationen auf Mittelspannung und Niederspannung, insbesondere</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) zur Lage,</li> <li>b) zur Höhe der freien Netzanschlusskapazität sowie</li> <li>c) im Falle geplanter oder bereits genehmigter Vorhaben zum voraussichtlichen Zeitpunkt der Inbetriebnahme,</li> </ul> <p>8.Informationen zu geplanten Optimierungs-, Verstärkungs-, Erneuerungs- und Ausbaumaßnahmen im Niederspannungsnetz,</p> <p>9.Informationen zu Kläranlagen, die für die Abwasserwärmenutzung relevant sind, mindestens die Kapazität in Einwohnergleichwerten,</p> <p>10.Informationen zu Abwassernetzen mit einer Mindestnennweite von DN 800,</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>a) zur Lage, die straßenbezogen zu benennen ist,</li> <li>b) zur Nennweite in Metern, die straßenbezogen anzugeben ist,</li> <li>c) zum Jahr der Inbetriebnahme, das straßenbezogen zu erfassen ist, und</li> <li>d) zum Trockenwetterabfluss,</li> </ul> <p>11.Informationen zu Bauleitplänen, die bereits wirksam sind oder die aufgestellt werden, anderen städtebaulichen Planungen und Konzepten sowie zu Planungen anderer öffentlicher Planungsträger, die Auswirkungen auf die Wärmeplanung haben können.</p>
---	--

## Änderung des Gebäudeenergiegesetz

§ 60b Prüfung und Optimierung älterer Heizungsanlagen

(1) 1Eine Heizungsanlage mit Wasser als Wärmeträger, die nach Ablauf des 30. September 2009 eingebaut oder aufgestellt wurde, keine Wärmepumpe ist und in einem Gebäude mit mindestens sechs Wohnungen oder sonstigen selbständigen Nutzungseinheiten betrieben wird, ist innerhalb eines Jahres nach Ablauf von 15 Jahren nach Einbau oder Aufstellung einer Heizungsprüfung und Heizungsoptimierung zu unterziehen. 2Eine Heizungsanlage mit Wasser als Wärmeträger, die vor dem 1. Oktober 2009 eingebaut oder aufgestellt wurde und in einem Gebäude mit mindestens sechs Wohnungen oder sonstigen selbständigen Nutzungseinheiten betrieben wird, ist bis zum Ablauf des 30. September 2027 einer Heizungsprüfung und Heizungsoptimierung zu unterziehen. 3In der Heizungsprüfung Satz 1 oder Satz 2 ist zu prüfen,

1.ob die zum Betrieb der Heizung einstellbaren technischen Parameter für den Betrieb der Anlage zur Wärmeerzeugung hinsichtlich der Energieeffizienz optimiert sind,

2.ob eine effiziente Heizungspumpe im Heizsystem eingesetzt wird,

3.inwieweit Dämmmaßnahmen von Rohrleitungen oder Armaturen durchgeführt werden sollten und

4.welche Maßnahmen zur Absenkung der Vorlauftemperatur nach Inaugenscheinnahme durchgeführt werden können.

(2) Zur Optimierung einer Anlage zur Wärmeerzeugung nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 sind unter Berücksichtigung möglicher negativer Auswirkungen auf die Bausubstanz des Gebäudes

§ 60b Prüfung und Optimierung älterer Heizungsanlagen

(1) 1Eine Heizungsanlage mit Wasser als Wärmeträger, die nach Ablauf des 30. September 2009 eingebaut oder aufgestellt wurde, keine Wärmepumpe ist und in einem Gebäude mit mindestens sechs Wohnungen oder sonstigen selbständigen Nutzungseinheiten betrieben wird, ist innerhalb eines Jahres nach Ablauf von 15 Jahren nach Einbau oder Aufstellung einer Heizungsprüfung und Heizungsoptimierung zu unterziehen. 2Eine Heizungsanlage mit Wasser als Wärmeträger, die vor dem 1. Oktober 2009 eingebaut oder aufgestellt wurde und in einem Gebäude mit mindestens sechs Wohnungen oder sonstigen selbständigen Nutzungseinheiten betrieben wird, ist bis zum Ablauf des 30. September 2027 einer Heizungsprüfung und Heizungsoptimierung zu unterziehen. 3In der Heizungsprüfung Satz 1 oder Satz 2 ist zu prüfen,

1.ob die zum Betrieb der Heizung einstellbaren technischen Parameter für den Betrieb der Anlage zur Wärmeerzeugung hinsichtlich der Energieeffizienz optimiert sind,

2.ob eine effiziente Heizungspumpe im Heizsystem eingesetzt wird,

3.inwieweit Dämmmaßnahmen von Rohrleitungen oder Armaturen durchgeführt werden sollten und

4.welche Maßnahmen zur Absenkung der Vorlauftemperatur nach Inaugenscheinnahme durchgeführt werden können.

(2) Zur Optimierung einer Anlage zur Wärmeerzeugung nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 sind unter Berücksichtigung möglicher negativer Auswirkungen auf die Bausubstanz des Gebäudes



und die menschliche Gesundheit regelmäßig notwendig:

1. die Absenkung der Vorlauftemperatur oder die Optimierung der Heizkurve bei groben Fehleinstellungen,

2. die Aktivierung der Nachtabenkung, Nachtabeschaltung oder andere zum Nutzungsprofil sowie zu der Umgebungstemperatur passende Absenkungen oder Abschaltungen der Heizungsanlage und eine Information des Betreibers, insbesondere zur Sommerabschaltung, Urlaubsabsenkung oder Anwesenheitssteuerung,

3. die Optimierung des Zirkulationsbetriebs unter Berücksichtigung geltender Regelungen zum Gesundheitsschutz,

4. die Überprüfung der ordnungsgemäßen Einstellung der Umwälzpumpe,

5. die Absenkung der Warmwassertemperaturen unter Berücksichtigung geltender Regelungen zum Gesundheitsschutz,

6. die Absenkung der Heizgrenztemperatur, um die Heizperiode und -tage zu verringern, und

7. die Information des Eigentümers oder Nutzers über weitergehende Einsparmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien, insbesondere die Vorgaben des § 71 Absatz 1 für Heizungsanlagen.

(3) 1 Die Heizungsprüfung nach Absatz 1 ist von einer fachkundigen Person im Sinne des § 60a Absatz 3 durchzuführen. 2 Fachkundig sind insbesondere Personen nach § 60a Absatz 4 Nummer 1, 2, 4 und 6.

und die menschliche Gesundheit regelmäßig notwendig:

1. die Absenkung der Vorlauftemperatur oder die Optimierung der Heizkurve bei groben Fehleinstellungen,

2. die Aktivierung der Nachtabenkung, Nachtabeschaltung oder andere zum Nutzungsprofil sowie zu der Umgebungstemperatur passende Absenkungen oder Abschaltungen der Heizungsanlage und eine Information des Betreibers, insbesondere zur Sommerabschaltung, Urlaubsabsenkung oder Anwesenheitssteuerung,

3. die Optimierung des Zirkulationsbetriebs unter Berücksichtigung geltender Regelungen zum Gesundheitsschutz,

4. die Überprüfung der ordnungsgemäßen Einstellung der Umwälzpumpe,

5. die Absenkung der Warmwassertemperaturen unter Berücksichtigung geltender Regelungen zum Gesundheitsschutz,

6. die Absenkung der Heizgrenztemperatur, um die Heizperiode und -tage zu verringern, und

7. die Information des Eigentümers oder Nutzers über weitergehende Einsparmaßnahmen und den Einsatz erneuerbarer Energien, insbesondere die Vorgaben des § 71 Absatz 1 für Heizungsanlagen.

(3) 1 Die Heizungsprüfung nach Absatz 1 ist von einer fachkundigen Person im Sinne des § 60a Absatz 3 durchzuführen. 2 Fachkundig sind insbesondere Personen nach § 60a Absatz 4 Nummer 1, 2, 4 und 6.

<p>(4) 1Die Heizungsprüfung nach Absatz 1 sowie danach erforderliche Maßnahmen zur Optimierung sollen im Zusammenhang mit ohnehin stattfindenden Tätigkeiten oder Maßnahmen der fachkundigen Personen nach Absatz 3, insbesondere bei der Durchführung von Kehr- und Überprüfungstätigkeiten <b>oder</b> einer Feuerstättenschau [●] nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz vom 26. November 2008 (BGBl. I S. 2242) in der jeweils geltenden Fassung, oder bei Heizungswartungsarbeiten, angeboten und durchgeführt werden. 2Die Heizungsprüfung kann auch im Rahmen der Durchführung eines hydraulischen Abgleichs nachgewiesen werden.</p> <p>(5) 1Das Ergebnis der Prüfung nach Absatz 1 Satz 3 und der etwaige Optimierungsbedarf sind schriftlich festzuhalten und dem Verantwortlichen zum Nachweis zu übersenden. 2Sofern die Prüfung Optimierungsbedarf nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 aufzeigt, sind die Optimierungsmaßnahmen innerhalb von einem Jahr nach der Heizungsprüfung durchzuführen und schriftlich festzuhalten. 3Das Ergebnis der Prüfung nach Satz 1 und der Nachweis nach Satz 2 sind auf Verlangen dem Mieter unverzüglich vorzulegen. 4§ 60a Absatz 5 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden.</p> <p>(6) Die Wiederholung der Überprüfung ist nicht erforderlich, wenn nach der Inspektion an der betreffenden Heizungsanlage oder an der betreffenden kombinierten Heizungs- und Lüftungsanlage keine Änderungen vorgenommen wurden oder in Bezug auf den Wärmebedarf des Gebäudes oder des konditionierten Bereichs keine Änderungen eingetreten sind.</p> <p>(7) 1Die Verpflichtung zur Heizungsprüfung entfällt bei Heizungsanlagen mit standardisierter Gebäudeautomation nach § 71a sowie bei Wärmepumpen, die nach § 60a einer Betriebsprüfung</p>	<p>(4) 1Die Heizungsprüfung nach Absatz 1 sowie danach erforderliche Maßnahmen zur Optimierung sollen im Zusammenhang mit ohnehin stattfindenden Tätigkeiten oder Maßnahmen der fachkundigen Personen nach Absatz 3, insbesondere bei der Durchführung von Kehr- und Überprüfungstätigkeiten, einer Feuerstättenschau <b>oder einer Wärmeerzeugungssystemschau</b> nach dem Schornsteinfeger-Handwerksgesetz vom 26. November 2008 (BGBl. I S. 2242) in der jeweils geltenden Fassung, oder bei Heizungswartungsarbeiten, angeboten und durchgeführt werden. 2Die Heizungsprüfung kann auch im Rahmen der Durchführung eines hydraulischen Abgleichs nachgewiesen werden.</p> <p>(5) 1Das Ergebnis der Prüfung nach Absatz 1 Satz 3 und der etwaige Optimierungsbedarf sind schriftlich festzuhalten und dem Verantwortlichen zum Nachweis zu übersenden. 2Sofern die Prüfung Optimierungsbedarf nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 in Verbindung mit Absatz 2 aufzeigt, sind die Optimierungsmaßnahmen innerhalb von einem Jahr nach der Heizungsprüfung durchzuführen und schriftlich festzuhalten. 3Das Ergebnis der Prüfung nach Satz 1 und der Nachweis nach Satz 2 sind auf Verlangen dem Mieter unverzüglich vorzulegen. 4§ 60a Absatz 5 Satz 4 ist entsprechend anzuwenden.</p> <p>(6) Die Wiederholung der Überprüfung ist nicht erforderlich, wenn nach der Inspektion an der betreffenden Heizungsanlage oder an der betreffenden kombinierten Heizungs- und Lüftungsanlage keine Änderungen vorgenommen wurden oder in Bezug auf den Wärmebedarf des Gebäudes oder des konditionierten Bereichs keine Änderungen eingetreten sind.</p> <p>(7) 1Die Verpflichtung zur Heizungsprüfung entfällt bei Heizungsanlagen mit standardisierter Gebäudeautomation nach § 71a sowie bei Wärmepumpen, die nach § 60a einer Betriebsprüfung</p>
--	--

unterzogen werden. 2 Ebenfalls von der Verpflichtung nach Absatz 1 ausgenommen sind, sofern die Gesamtauswirkungen eines solchen Ansatzes gleichwertig sind, Heizungsanlagen oder kombinierte Heizungs- und Lüftungsanlagen, die

1. unter eine vertragliche Vereinbarung über ein Niveau der Gesamtenergieeffizienz oder eine Energieeffizienzverbesserung fallen, insbesondere unter einen Energieleistungsvertrag gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 8a, oder

2. von einem Versorgungsunternehmen oder einem Netzbetreiber betrieben werden und demnach systemseitigen Maßnahmen zur Überwachung der Effizienz unterliegen.

(8) 1 Bei einer Ausnahme von der Inspektionsverpflichtung nach Absatz 7 Satz 1 sind zum Nachweis der Ausstattung des Gebäudes mit Systemen für die Gebäudeautomatisierung nach § 71a Projektunterlagen in überprüfbarer Form vorzulegen. 2 Für eine Ausnahme von der Inspektionsverpflichtung nach Absatz 7 Satz 2 sind zum Nachweis der Gleichwertigkeit der Maßnahmen folgende Unterlagen und Nachweise vorzulegen:

1. Unterlagen über die Gebäude-, Anlagen- und Betreiberdaten,

2. der Nachweis, dass die Anlagen unter ein vereinbartes Kriterium für die Gesamtenergieeffizienz fallen, in Form eines geeigneten Energieleistungsvertrages und

3. der Nachweis, dass die Anlagen von einem Versorgungsunternehmen oder einem Netzbetreiber betrieben werden, unter Vorlage eines geeigneten Betreibervertrages.

unterzogen werden. 2 Ebenfalls von der Verpflichtung nach Absatz 1 ausgenommen sind, sofern die Gesamtauswirkungen eines solchen Ansatzes gleichwertig sind, Heizungsanlagen oder kombinierte Heizungs- und Lüftungsanlagen, die

1. unter eine vertragliche Vereinbarung über ein Niveau der Gesamtenergieeffizienz oder eine Energieeffizienzverbesserung fallen, insbesondere unter einen Energieleistungsvertrag gemäß § 3 Absatz 1 Nummer 8a, oder

2. von einem Versorgungsunternehmen oder einem Netzbetreiber betrieben werden und demnach systemseitigen Maßnahmen zur Überwachung der Effizienz unterliegen.

(8) 1 Bei einer Ausnahme von der Inspektionsverpflichtung nach Absatz 7 Satz 1 sind zum Nachweis der Ausstattung des Gebäudes mit Systemen für die Gebäudeautomatisierung nach § 71a Projektunterlagen in überprüfbarer Form vorzulegen. 2 Für eine Ausnahme von der Inspektionsverpflichtung nach Absatz 7 Satz 2 sind zum Nachweis der Gleichwertigkeit der Maßnahmen folgende Unterlagen und Nachweise vorzulegen:

1. Unterlagen über die Gebäude-, Anlagen- und Betreiberdaten,

2. der Nachweis, dass die Anlagen unter ein vereinbartes Kriterium für die Gesamtenergieeffizienz fallen, in Form eines geeigneten Energieleistungsvertrages und

3. der Nachweis, dass die Anlagen von einem Versorgungsunternehmen oder einem Netzbetreiber betrieben werden, unter Vorlage eines geeigneten Betreibervertrages.